

Erstpreis 100 Pf.
 zweiter Preis 50 Pf.
 dritter Preis 25 Pf.
 viertter Preis 10 Pf.

Die Preisliste
 monatlich 1 Pf.
 vierteljährlich 3 Pf.
 halbjährlich 6 Pf.
 jährlich 12 Pf.

Schriftleitung:
 Herr Dr. h. c. h. v. d. Hoffmann
 Halle a. S., Markt 10.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis
 für die Zeitschrift 1 Pf. pro Zeile pro Tag
 für die Tagesblätter 2 Pf. pro Zeile pro Tag
 für die Sonntagsblätter 3 Pf. pro Zeile pro Tag

Anzeigen
 für die Zeitschrift 1 Pf. pro Zeile pro Tag
 für die Tagesblätter 2 Pf. pro Zeile pro Tag
 für die Sonntagsblätter 3 Pf. pro Zeile pro Tag

Verantwortlicher Redakteur:
 Herr Dr. h. c. h. v. d. Hoffmann
 Halle a. S., Markt 10.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebnerwerda, Sangerhausen-Erkartsberga und die Mansfelder Kreise.

Militarismus und Klassenkampf.

Die gegenwärtige Seereschlacht hat, wie alljährlich, die Frage der prinzipiellen Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den Militärvorlagen wieder einmal aktuell gemacht. Die liberale Presse stellt von Jahr zu Jahr inbrünstiger, daß die Sozialdemokratie ihren Standpunkt zur Militärvorlage "revidieren" werde, und die Tatsache, daß unsere Reichstagsfraktion sich an der Ausgestaltung des "einmaligen Wehrtrugs" beteiligt, hat bei ihr die wildsten Hoffnungen erweckt. So geht das Berliner Tageblatt mit einem Artikel des Genossen Eberthum trocken, aus dem es herausgelassen haben will, daß die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion die "politisch sterile" Formel: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" aufgegeben habe. Eine Verzichtigung Eberthums mußte die Redaktion erst über das auflären, was freilich aus der Letztüre seines Artikels eigentlich von selbst hervorging, daß er nämlich nur die längst bekannte und allen Sozialdemokraten gemeinsame Ansicht ausgesprochen hatte: nicht wörtlich wollen wir das Vaterland machen, sondern erst richtig wehrhaft; um aber wirklich den letzten Mann wehrhaft und im Notfall für die Landesverteidigung nutzbar machen zu können, brauchen wir eine gangbare Seereschlacht des Seeres, die von den bestehenden Klassen verweigert wird, weil sie das bestehende Meer zur Verteidigung ihrer Klassenprivilegien brauchen. Damit ist, in kurze Worte gefaßt, durchaus zutreffend das zum Ausdruck gebracht, was die Sozialdemokratie von jeder über den Militarismus gesagt hat. Von einer "Revision" ist da keine Rede, und darin liegt auch schon, daß wir selbstverständlich nach wie vor diesem System jeden Mann und jeden Groschen verweigern.

Immer und immer muß es wiederholt werden: man versteht die einzelnen Forderungen der Sozialdemokratie nur im Zusammenhang unseres Programms. Die Einzel-Forderungen im zweiten Teile des Erfurter Programms — und dahin gehört unsere Stellungnahme zum Militarismus — haben nur den einen Zweck, die Wehrleistungen zu fördern und die Ziele anzubahnen, die im ersten Teile des Programms als Aufgabe der Sozialdemokratie bezeichnet sind. Nicht für sich allein steht unsere Forderung: "Waffenbesitz an Stelle der bestehenden Wehre", nicht aus den Fingern gelogen oder aus Gründen allgemeiner Moral, Gerechtigkeit usw., sondern sie ist eines der Mittel, womit wir Sozialdemokraten unser Endziel zu erreichen streben. Sie soll mit beitragen zur Lösung der Aufgabe, die wir uns im ersten Teil des Programms gestellt haben.

Welches ist diese Aufgabe? Das steht ganz unambig in den Worten: "Diesen Kampf der Arbeiterklasse (gegen die kapitalistische Ausbeutung) zu einem beuohnten und einheitlichen zu machen und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Klarer kann man wohl nicht sein. Und in diesem Sinne dem Klassenkampf zu dienen, das ist auch der Sinn und Inhalt unseres Kampfes gegen den Militarismus.

Es ist deshalb unerlässlich, immer und immer von neuem die Arbeit zu verstärken, die die sozialistischen Parteien bei jeder neuen Militärvorlage dem Militarismus zu leisten haben. Was ab es sich um die Interessen des Landes und der Landesverteidigung handle! Als ob alle Bewohner des Landes Parteiarbeiter wie Kapitalisten, ein gemeinsames Interesse an der unaufhörlichen Vermehrung des stehenden Heeres hätten! Wir antworten darauf: um die Sicherheit des Landes ist uns nicht bange, sobald wir nur zu einem vernünftigen System der Landesverteidigung übergeht. Erzielt die Jugend von Klein auf zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; sorgt, daß jeder, der die Waffe tragen kann, in ihrem Gebrauche auch wirklich geübt wird; vor allem aber: schafft Zustände im Lande, in denen sich der Arbeiter wohl fühlen kann; schafft den Klassen erst mal ein Vaterland, dann mögen Feinde kommen und uns zu überfallen versuchen, uns ist nicht bange darum, daß die freie Volkswirtschaft ihnen gewachsen sein wird.

Aber das wollen wir nicht, nicht es wohl auch nicht. Um dem Arbeiter ein Vaterland zu schaffen, müßte ihr auf die Ausbeutung verzichten, müßte eure Vorkredite und eure Klassenherrschaft aufgeben, müßte all das freiwillig von euch tun, was auch erst durch harten Klassenkampf abgenommen werden wird. Was aber ist euch das Vaterland, wenn ihr darin nicht herrschen könnt, nicht alle Vorteile und Vorrechte für euch behalten und alle Lasten auf die Wehrlosen abwälzen könnt! Und da solltet ihr dem Volke zu freiem Gebrauche die Waffen in die Hand geben? Nur ein Tor wird so etwas von euch erwarten. Die Waffen soll der Arbeiter tragen, aber ohne einen Funken von Freiheit, ohne einen Funken eigenen Willens. In stummem Kadavergehorsam muß er erliegen sein, daß er ganz bestimmt die Waffe nur auf Kommando gebraucht und nur das tut, was ihm befohlen wird. Das aber ohne Besinnen und ohne Wissen, selbst wenn der Befehl lautet, auf freilebende Arbeiterober, ja auf Vater und Mutter zu schießen! Mit einem Wort: nicht zur Landesverteidigung braucht ihr das stehende Heer, sondern zur Stütze und zum Schutz eurer Klassenherrschaft. Das Land wäre viel besser verteilt durch eine freie Volkswirtschaft. Aber davon willt ihr Gehör für die Sonderinteressen eurer Klasse, und dieser eurer privater Vorteil gilt auch mehr als die Interessen des Landes. Deshalb behaltet ihr das stehende Heer, ein schlechteres Ver-

teidigungsmittel gegen auswärtige Feinde, aber für euch eine unerlässliche Waffe zur Niederhaltung der Arbeiterklasse.

Das ist der wahre Sinn und Inhalt dieser einzigen neuen Militärvorlagen. Denn freilich wenn man aus System durchs aus nichts ändern will, dann bleibt nichts übrig, als immer mehr und mehr Soldaten aufzustellen. Jedoch, auch auf diesem Gebiete steht die Entwicklung nicht still. Es läßt sich voraussagen, daß es so nicht mehr lange weitergehen kann. Alles hat einmal eine Grenze, auch die Zahl der Soldaten, die man im stehenden Heere unterhalten kann, auch die Kosten, die ein Volk ertragen und aufrufen kann. Fern von dieser Grenze können wir in Deutschland nicht mehr sein. Ist sie erreicht, was dann? Die unermeidliche Aufrüstungsarbeit der Sozialdemokratie muß dafür sorgen, daß dann das Volk seinen Mann steht und anders als heute in die Gestaltung seiner Geschichte eingreifen kann, damit die Volkswirtschaft geschäftlich und das Meer nicht mehr als Waffe im Klassenkampf benutzt wird. Diesem System aber, das jetzt herrscht, dieses Militarismus seinen Mann und seinen Groschen.

Volkspfürsorge.

Am 1. Juli beginnt eine Einrichtung ihre Arbeit, die etwas eigenartig unter den anderen von der Arbeiterklasse ins Leben gerufenen Organen stehen wird. Die Volkspfürsorge, die die freien Gewerkschaften und Genossenschaften gründeten, unterscheidet sich in erster Linie dadurch von den bisherigen Organen, die sich die Arbeiterkraft für ihren Klassenkampf geschafften hat, daß, während die Tätigkeit der Gewerkschaft, der Sozialdemokratie, ja zum Teil der Genossenschaften der ganzen Arbeiterklasse zugute kommen, und zwar nicht nur der organisierten, dies bei der Volkspfürsorge nur zu einem geringen Teile der Fall sein wird. Zwar wird sie die privaten Versicherungsgeellschaften anwerben zur Verringerung ihrer Leistungen, aber da sie sich verpflichten Arbeiter nur einen Teil der Arbeiterklasse bilden, wird auch diese indirekte Einwirkung der Volkspfürsorge nur eine begrenzte Bedeutung haben. So trägt die Volkspfürsorge von vornherein den Charakter einer Einrichtung der besser situierten Arbeiterkräfte, nicht die eines Klassenorgans, denn bei den Lohn- und Preisverhältnissen ist es nur einem kleinen Teil der Arbeiterkraft vergönnt, um ihren knappen Verdienst etwas zuzulegen. Aber nicht nur darin unterscheidet sich die Volkspfürsorge von den Gewerkschaften, den Konsumgenossenschaften und der Partei. Es springt in die Augen, daß, während diese, um zu existieren, der Arbeiterkraft die Augen öffnen müssen über die grundtätlichen Schäden, die ihnen die kapitalistische Gesellschaft als Produzenten, Konsumenten und Bürger zufügt, die Volkspfürsorge diese aufklärende und aufwühlende Bedeutung nicht haben wird. Der Unterschied zwischen den Tarifen der Privatversicherungsgesellschaften und ihr wird das Anziehungsmittel bilden. Und während weiter die Gewerkschaften und die Partei Organisationsstellen bilden, die immortell in Aktion halten, in der sie ihre Aufklärung und Erschärferung setzen, so brauchen bei der Volkspfürsorge nur die Mitglieder tätig zu sein. Gerade die Gewerkschaften, Genossenschaften und die Partei organisieren die Arbeiterklasse zum Kampfe um eine neue Gesellschaftsordnung. Die Volkspfürsorge hat damit nichts zu tun.

Die Volkspfürsorge stellt sich viel beschwerliche Aufgaben, die oben genannten. Dant der Unorganiziertheit der Gesellschaft, dant ihrem Klassencharakter ist der Arbeiter allerdand persönlich Unbill ausgeht, gegen die sich keine Klassenorganisationen nicht wenden, weil sie eben auf den Kampf um die Verringerung der allgemeinen Verhältnisse ihre Anstrengungen konzentrieren müssen. Nehmen wir folgenden Fall. Ein junger Arbeiter heiratet. Er hat etwas gepart für die Gründung des Haushalts, seine Frau auch. Es langte jedoch nicht, sie müßten jahrelang noch einen erheblichen Teil auf ein Kreditgeschäft zahlen. Da bricht ein Unglück herein: der ganze Haushalt geht in Flammen auf. Keine Gewerkschaft, keine Partei kann hier helfen, wenn die Armen nicht Vorhilfe gefast und sich nicht verpflichtet haben. Jetzt aber, mit Frau und Kind, wird es viel schwieriger sein, die fünf Mark wöchentlich vom Lohn abzugeben und von neuem dem Händler zu bringen. Ist aber der Arbeiter in einer kapitalistischen Versicherungsgesellschaft versichert, so beginnen für ihn erst im Augenblick der Not die Schereereien. Es zeigt sich, daß der Agent ihm verdächtige aufgeschwatzt, die Bestimmungen falsch interpretiert hat, daß er in Wirklichkeit für die jahrelang gehaltenen Großen weniger bekommt, als er annahm. Es gibt tausend Formen der Betrügerei, denen der Arbeiter bei den Privatversicherungsgesellschaften zum Opfer fällt. Aber auch die öffentlichen Versicherungsgesellschaften, die ihn nicht unterstützen, die das leisten, was sie versprochen haben, leisten zu wenig, weil sie für das Versicherungskapital möglichst hohe Zinsen zu erwarten haben, weil sie sehr große Bekanntheit und Verwaltungskosten haben. Weil allen liegt dabei ein Grundlag, der den Arbeiter am meisten Schaden zufügt hat, im Vordergrund: die Ausübung der Ansprüche der Versicherten auf seine Prämien bei Unterbrechung der Zahlung. Die Spekulation auf laufend hohe, Restituten, die dem Arbeiter nicht erlauben, ununterbrochen seine Prämien zu zahlen, bildet die Grundlage der Existenz vieler Versicherungsinstitute. Hier greift die Volkspfürsorge ein. Ihr Ziel ist nicht hoher Profit, obwohl sie den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, die ihr Kapital bei ihr anlegen werden, einen Zins abwerfen wird,

der jedoch im Interesse der Arbeiterkraft verwendet wird. Sie braucht außer dem Zentralapparat seiner besonders große Organisation der Agenten zu schaffen, weil ihr die Gewerkschaften und Genossenschaften ihre Organisation zur Vertiefung fieden. Sie wird keine großen Anstalten haben, weil die Arbeiterpreise ihr zu Dienen steht. Das alles genügt, um ihre Leistungen auf allen Gebieten des Volkswirtschaftswesens viel höher zu gestalten, als es die Privatgesellschaften tun können. Das ist auf die nicht zu Ende gezählten Prämien, also auf die Not der Arbeiter nicht spekuliert, braucht nicht besonders hervorzuheben zu werden.

Der große materielle Nutzen, den die Volkspfürsorge der Arbeiterkraft bringen wird, steht außer Zweifel. Damit ist auch die Faltung der Sozialdemokratie zu ihr gegeben. Die Sozialdemokratie als politische Partei wird ihren direkten Nutzen aus der Volkspfürsorge ziehen. Aber sie liegt in ihr ein Hindernis der geistlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland, deren Geist die Entwicklung, deren Organisations zum großen Teil ihrer Initiative als Partei oder dem schaffenden Geist ihrer Mitglieder zu verhandeln sind. Ohne den mächtigen Aufschwung der Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften und der Arbeiterpreise, wäre der Gedanke an die Schaffung der Volkspfürsorge unmöglich. Die Partei hat alle Ursache, die Volkspfürsorge zu unterstützen, weil sie alles unterteilt, was der Arbeiterkraft oder einem ihrer Teile erlaubt, den Lohn besser anzunehmen, sie in ihrem Charakter als Konsument zur Ausbeutung schützt, was verhindert, daß Zufälle, in der sich die Unorganiziertheit der Gesellschaft ausdrückt, ihre Widerstandskraft schwächen. Da der Drang nach Verringerung vor solchen Begleitfällen des Kapitalismus ein beschäftigt ist und seine Verdrängung durch eine Arbeiterorganisation den Sinn der Arbeiterkraftschäfte verstofflicht, so wird die Sozialdemokratie der Volkspfürsorge ihre Hilfe angedeihen lassen, wo und wie immer es möglich ist, und ihr zu helfen können, damit sie möglichst breiten Kreisen der Arbeiterkraft dienen kann.

Nicht auf der Verleumdung der Arbeitermassen, auf der Vermehrung der Unfreiheit ihrer Lage stützt die Sozialdemokratie ihre Zukunftshoffnungen und ihren Gegenwartskampf, obwohl sie in die optimistischen Jubel der Sozialphantasten oder Sozialwindler nicht teilt, die da schon ein allmähliches Verschwinden der Not und Unfreiheit glauben feststellen zu können. Sie baut ihre Hoffnung auf den Drang der Masse zu einem menschenwürdigen Leben, gleichviel, worin er seine Wurzeln hat, ob in der bitteren Not der physischen Notwendigkeiten, oder in der Erkenntnis der geborenen Schäden der Arbeiterkraft, daß sie trotz aller Aufregung nicht vor den niederelenden Tendenzen des Kapitalismus sicher liegt, daß sie sozial ausgebeutet werden, selbst wenn sie ihren leidenschaftlichen Hunger stillen können. Wo die Arbeiterkraft schon aufgefährt ist oder noch aufgelaufen werden kann, da kann sie um so besser gegen die Grundwunden des Kapitalismus mobilisiert werden, je mehr sie ihre Energie nicht im Kampfe um seine "Zufälle" aufreißt.

Die Volkspfürsorge wird von dem Beamtenapparat der Arbeiterbewegung neue große Arbeit fordern. Er wird noch mehr mit technischer und Büroarbeit beladen werden. Das birgt in sich Gefahren, die man nicht unterschätzen darf. Das ganze Angelegen in dieser Arbeit verengt oft die Horizonte der Arbeiterbeamten, nimmt ihnen leicht die Gelegenheit zur tieferen theoretischen Ausbildung, macht sie aus Wortkämpfern der Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse zu einseitigen Nachdenkern irgend eines Teiles der Arbeiterbewegung. Dies macht sich auf allen ihren Gebieten bemerkbar: auf dem politischen in jeder Zeit nicht minder wie auf allen anderen bei denen die Sachkenntnis der Entwicklung früher ausgereit hat. Wie gesagt, feiner die Volkspfürsorgearbeit diese Tendenz. Es ist Sache der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, die zu erwartende Stärkung ihrer Finanzen durch die Volkspfürsorge zum Kampfe gegen diese Gefahr zu benutzen, was am besten durch den Ausbau der Bildungsvereinigungen und der Arbeiterpreise geschehen kann. Die aufgelaufenen Arbeiter haben die Aufgabe, in dieser Richtung in den Gewerkschaften und Genossenschaften zu wirken.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 3. Juni 1913.

Erbauliches zur Landtagswahl.

Die Parole der Fortschrittler im Landtagswahlkreise Oher- und Unterbarms um den sich das Wahlkommen zwischen Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei dreht, lautet nach der Kritik, zig wie folgt:

Die fortschrittlichen Wahlmänner werden im ersten Wahlgang dem liberalen Kompromiß gemäß stimmen für die zwei fortschrittlichen sowie den einen national-liberalen Kandidaten. Sollte es zur Stichwahl kommen, so wird den fortschrittlichen Wahlmännern die Stimmhaltung ober der Stimmabgabe freigestellt mit der Maßgabe, daß für einen konservativen Kandidaten unter keinen Umständen gestimmt werden darf.

Wahlmännern besitzen nach amtlicher Föhlung die Sozialdemokraten in dem Kreise 1084 Wahlmänner, die Konservativen 724, die Liberalen 529. Da aber die Fortschrittler mit den Nationalliberalen von vornherein gemeinsame Wahlmänner aufgestellt hatten, so weiß man nicht, wieviele von den 529 fortschrittlich, wie viele nationalliberal, wie viele



„gemäßigter“ und wie viele abhängige Höfe und untere Beamte sind. Es läßt sich also noch gar nichts voraussagen, denn die Nationalliberalen haben nicht etwa Einmütigkeit, sondern Unterstützung der Konservativen proklamieren. Die nationalliberale Parteileitung des Wahlkreises hat ein Schreiben an die Wahlmänner gelebt, in dem es am Schluß heißt: „Am Falle einer Stichwahl erfordern wir die nationalliberalen Wahlmänner, die bürgerlichen Kandidaten zu wählen.“ Das war zu erwarten und ist auch selbstverständlich. Nichts bleibt nur, daß das Organ der Jungliberalen (des sogenannten tabakalen Flügels der nationalliberalen Partei) eine solche Parole verbreiten wollte. Die Jungliberalen hätten früher noch vor einigen Tagen:

Gegen wen ging denn der Landtags-Wahlkampf? Gegen Konservativen und Zentrum sowohl! Und wer verteidigt dieses Wahlrecht, wer stemmt sich einer modernen Entwicklung entgegen? Konservativen und Zentrum! Mit dem Zentrum haben sie uns benommen, unsere nationale Meinung verdächtigt, leben mit möglichen Terrorismus geübt: nun fallen unsere Wähler für diese Reaktion eintreten! Im Wesentlichen ein konservativer Führer ist in einem Rundbrief für unsern Kampf mit dem Jahrbuch des Offiziers erklärt, für die Liberalen einzutreten. Und für eine solche Partei fallen unsere Leute dann ihre Stimme abgeben!

Nachdem er sich nicht Man ist doch nationalliberal! Und mit einer solchen Geschicklichkeit die jetzt mit Vortritt für die Konservativen eintritt, die sie „im Zentrum“ bewahren“, überdrängten und „terrorifizieren“ — mit einer solchen Geschicklichkeit sind die Fortschrittler auf Geheiß und Herberd verdrängt! In der Tat, hinterher kann der Stumpf des ganzen Wahlkreises schon nicht mehr werden.

Gegen national-liberalen haben die Nationalliberalen im Wahlkreise Zeis-Wienfeldts Raum umgeben. Dort warfen sie sich zunächst in die Beute, kündigten den Konservativen die Freundschaft und gingen selbständig „wider die Reaktion“ vor. Das Ergebnis war 326 konservativ, 241 nationalliberal, 75 freisinnig und 177 sozialdemokratische Wahlmänner. Nun ging das Wahlgesetz los. Die Nationalliberalen erließen den bitrenden Fortschrittler einen Aufruf, riefen aber vor den Konservativen auf dem Baude. Die Nummer waren „großartig genug“, so freuten sich die Konservative einen Mandat angriffen, so sagten sie, so daß man ein konservativer und ein sogenannter Nationalliberal gewählt werden wird. So siegte in Zeis die „liberale Sache“. Die Fortschrittler aber der ganzen herrlichen preussischen Monarchie rühmen für alle Zeiten das „gemeinsame Vorgehen des Liberalismus“ bei der Landtagswahl 1913 als größtes Ereignis in der neuen Geschichte des deutschen Liberalismus...

Der Ertrag des einmaligen Wehrbeitrags.

Eine Subkommission der Budgetkommission des Reichstags hat bekanntlich in vertraulichen Verhandlungen mit der Regierung eine Grundlage für die Erhebung des Wehrbeitrags geschaffen, nach der die untere Vermögensgrenze für die Erhebung wesentlich herabgesetzt und das Einkommen in kapitalisierter Form mit auf dem Beitrag herangezogen wird. Das Reichsamt hat nun erl. worden, eine Berechnung des Ertrags nach diesen Grundlagen anzustellen. Diese Berechnung liegt jetzt vor. Nach den Beschlüssen der Subkommission legte das Reichsamt seinen Berechnungen die folgenden Beitragssätze zugrunde:

von den ersten	50 000 M.	0,1 %
„ „ „ weiteren	100 000 „	0,25 „
„ „ „ „	300 000 „	0,55 „
„ „ „ „	500 000 „	0,65 „
„ „ „ „	500 000 „	0,75 „
„ „ „ „	1 000 000 „	1,0 „
„ „ „ „	5 000 000 „	1,1 „
„ „ „ „	5 000 000 „	1,3 „
„ „ „ „	„ „ „ „	1,5 „

24) Der Eindringling. (Schabr. Verb.)

Roman von Blasco Ibañez.

Ins Deutsche übertragen von Julio Brouta.

Der Millionär ging häufig auf zwei oder drei Tage nach Madrid, indem er Vermählungen von Aristokraten oder Schritte bei der Regierung vorführte. Allen mal er verjüngt vor; seine Augen waren glänzender, seine Bewegungen rascher, seine Haltung aufrechter, auch auf seine Kleidung und sein ganzes Aussehen wirkte er größerer Erfolg.

„Du selbst — sagte er zum Arzte — hast dich oft über diese Wundlung geäußert. Die Liebe hat sie bewirkt, Luis. Nichts verliert das Leben wie die Liebe.“
Und als ob er den Spott des Doktors fürchtete, sprach er von Judith mit Begeisterung, indem er seinen Vater davon überzeugen wollte, daß seine Nichte keine allzu ideale Figur machte neben jener durch sinnliche Ausweiflungen etwas aufgereizten Jugend. Sie liebte ihn, dessen war er sicher. Nicht als ob er geeignet sei, eine große Leidenschaft einzulösen; aber Judith hatte ihn, des früheren Lebens müde, in seine Arme geschleudert für immer und liebte ihn mit einem Gefühl der innigsten Dankbarkeit. Das genügte ihm. Wie laudete sie ihn zu, wie stredte sie ihm die weißen zarten Arme entgegen, wenn er unmerklich in der kleinen schmalen Wille der Wädlerin Bannweite aufschaute. Dort bestand ihr sein wahres Heim, dort verbrachte er die glücklichsten Tage, und wäre es nicht wegen ihrer Fehler und des solchen Lebenswandels, den die Geschichte erforderte, würde er am liebsten dort seine Tage verbringen.

Außerdem hatte ein glückliches Ereignis den Bund noch fester geschlossen. Allein einem Manne wie seinem Vater konnte er kein Geheimnis mitteilen. Er hatte einen Sohn! Und als Doktor Arce eine Bewegung des Erstaunens machte, fuhr der Millionär höflich fort:

„Du bist der einzige, der es weiß; ja, ich habe ein Söhnchen, ein allerliebtes Söhnchen, das jetzt drei Jahre alt ist und zu sprechen beginnt und wenn's mich nicht, mich den Papa aus Bilbao nennt.“

Die Liebe schenkte mir, was ich im Eheleben, so oft bezogen ersehnt: einen Sohn!... Er trägt meinen Namen nicht, er darf nicht sagen, daß ich Vater bin, aber ich liebe an ihn; ich hoffe, daß er groß wird, und dann nehme ich ihn zu mir und tue für ihn, was ich kann, und ich kann mehr.“

Gerührt sprach er von jenem geheimen Heim, jener improvisierten Familie, die für ihn die allein wahre war. Judith, die allmählich inmitten ihres glücklichen Wohlstandes nicht an, und das Bild der schmachtigen Dienerin verweilte sich in ihr immer mehr. Sanchez Morcueta liebte ihn so sehr, daß er glaubte sie zu mehr sein eigen. Der kleine hatte einen erquicklich fröhlichen Bestand. In seiner etwas weiblichen Schönheit, in der mich, aus den ungelächerten Geduldsform erinnerter, spiegelten sich die Augen der Mutter wieder.

Ein reicher Sohn der Liebe — sagte selbstgefällig lächelnd

Die Ergebnisse sind, hiernach berechnet, folgende:

Vermögens von	Zahl der Besitzten Millionen M.	Ertrag in Millionen M.
30 000 — 50 000	9	4,727
50 000 — 100 000	196,990	23,143
100 000 — 200 000	88,356	35,384
200 000 — 500 000	47,507	58,996
500 000 — 1 000 000	13,793	49,272
1 000 000 — 2 000 000	5,282	49,477
2 000 000 — 5 000 000	2,567	62,832
5 000 000 — 10 000 000	574	39,116
10 000 000 — 15 000 000	124	17,096
15 000 000 — 20 000 000	49	9,898
20 000 000 — 25 000 000	23	6,439
25 000 000 — 30 000 000	12	7,421
30 000 000 — 50 000 000	20	10,084
50 000 000 — 100 000 000	10	10,091
über 100 000 000	4	12,524

Diese Aufstellung gilt nur für Preußen, da dem Reichsamt nur die preussische Einkommens- und Ergänzungsteuer-Statistik für die Ertragsberechnung vorlag. Preußen hätte also zusammen 396 Millionen Mark aufzubringen. Da man bis zum 31. Dezember noch eine Vermögenszunahme von 13½ Prozent mit einem Ertrag von 83 Millionen Mark erwartet, so würden rund 450 Millionen Mark Vermögensabgabe auf Preußen entfallen.

Das Reichsamt berechnet die Einnahme im Reiche nach dem Verhältnis von 8 : 5 gegenüber Preußen, so daß nach dem vorliegenden Ergebnis rund 730 Millionen M. für das ganze Reich zu erwarten wäre.

Hierzu kommt nun der Wehrbeitrag vom Einkommen, den in Preußen, nach der Steuerläge der Subkommission, auf 73,8 Millionen M. veranschlagt wird. Umgekehrt auf das Reich, wieder nach dem Verhältnis von 8 : 5, ergibt die Einkommenserhöhung 120 Millionen M., so daß der von Reichsamt berechnete Betrag sich auf 840 Millionen Mark beläuft. Die offizielle Mitteilung über diese Steuerberechnung erklärt dies Ergebnis für nicht befriedigend. Voraussetzung sei gewesen, daß mindestens 100 Millionen M. erzielt werden. Die Budgetkommission werde also zu einer Erhöhung der Höhe des Wehrbeitrags vom Vermögen kommen müssen, so mehr, als sich eine lebhaft Bewegung gegen den Vorschlag der Einkommenskapitalisierung geltend mache.

Die Wahlen in Australien.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Bei den Wahlen zum australischen Bundesparlament, am 31. Mai stattfanden, handelte es sich darum, ob die Arbeiterpartei, die seit dem Jahre 1910 die politische Gewalt in dem jüngsten Kontinent unserer Erde ausgeübt hat, sie weiter behalten soll, oder ob die politische Gewalt ganz oder teilweise wieder den bürgerlichen Parteien zufallen soll. Die Wahlen sind indes deshalb von höchstem Interesse nicht nur für Australien selber, weil eine Wählerkraft jetzt zum erstenmal eine wirkliche Arbeiterregierung nicht nach ihren Versprechungen, sondern nach ihren tatsächlichen Leistungen zu beurteilen hat.

Die gegenwärtige Regierung unter der Leitung Andrew Fishers ist bekanntlich die erste australische Arbeiterregierung. Abgesehen von den verschiedenen gegenwärtigen und früheren Arbeiterregierungen mehrerer australischen Einzelstaaten herrschten in dem australischen Bund, dem Commonwealth, schon früher zwei Arbeiterregierungen: die erste im Jahre 1904 unter Wilson und die zweite vom Jahre 1908 an unter den gegenwärtigen Ministerpräsidenten. Aber in diesen Fällen verlor die Arbeiterpartei über seine eigene Mehrheit in den beiden Häusern des Parlaments hinweg, was auf die Unterhütung bürgerlicher Gruppen angewiesen. Eine solche Mehrheit brachten erst die Wahlen von 1910 der Arbeiterpartei; sie hatte bei der Parlamentsauflösung im Unterhaufe 41 Mandate gegenüber 34 der bürgerlichen Parteien; im Senat 22 gegenüber 14 der Bürgerlichen. Die australische Arbeiterpartei ist in ihrer Zusammensetzung

und ihrem Geiste der britischen Arbeiterpartei nicht unähnlich. Sie besteht in der Hauptsache aus Gewerkschaften, doch hat sie auch Einzelmitglieder. Ihr Programm ist ein in der Form etwas abgemäßigter Sozialismus: den Produzenten den vollen Ertrag ihres Gewerbetreibens zu sichern durch das kollektive Eigentum der Monopole und durch die Erweiterung der industriellen und ökonomischen Funktionen des Staates und der Gemeinde. Als eine sozialistisch nicht durchgereifte Arbeiterpartei vor die Aufgabe gestellt, die politische Kontrolle eines Kapitalistischen Landes zu übernehmen, das mit allen Fasern des tätigen Lebens mit einer nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch kapitalistischen Außenwelt verknüpft, mußte sich die australische Arbeiterregierung in vieler Hinsicht Widerstände verschaffen. Den Hauptaufgabe machte sie sich naturgemäß, den weitestgehenden Schutz zu schaffen, den Kampf gegen die zur Herrschaft gelangenen Monopole und Trübs und den Ausbau einer demokratischen Steuererhebung. Auf diesen Gebieten hat das Arbeiterregiment denn auch manches selbst von dem fortschrittlichen australischen Standpunkt aus Wertvolle geleistet. Aber ihre höchsten Reformversuche wurden vereitelt, weil sich verfassungsrechtliche Schwierigkeiten einstellten. Diese galt es nunmehr zu überwinden. Zugunsten aber sah sich die Arbeiterregierung dazu gedrängt eine Politik zu betreiben, die mit den besonderen Arbeiterinteressen nicht zu tun hat; sondern das Land sichern soll. Große Eisenbahnen, die den Kontinent durchqueren sollen, weitere allgemeine Wehrkraft, von einer Kriegsflotte und Verbindung der selben Einheiten (Garnisonen) sind, haben viel Bedeutendes an sich. Hauptaufgabe der Arbeiterregierung blieb aber großzügiger Ausbau des Arbeiterwesens, Kampf gegen die Trübs, Verstaatlichung der Monopole und anderer Betriebe. Das hohe Gewicht erklärte diese Maßregeln für verfassungsmäßig, weil sie von der Bundesversammlung der Einzelstaaten vorbehalten seien. So wurde die Wahlparole: „Änderung der Bundesverfassung und zwar mittels des von dieser vorgesehenen Referendums. Im Jahre 1911 unterbreitete die Arbeiterregierung die folgenden zwei Vorschläge einem Referendum: 1. das Bundesparlament zu ermächtigen zur Aufschaffung von Zuzugs- und Monopolen und zur Einführung von Schiedsgerichten zur Regelung von Löhnen und Schlichtung von Streitigkeiten in allen Gewerben, und 2. zur Erwerbung und Weiterführung durch die Bundesregierung von Industrien, die das Bundesparlament für Monopole erklärt.

Das waren offenbar Vorschläge von der weittragendsten Bedeutung. Sie sind bekanntlich beide bei der Volksabstimmung vom 19. mit großer Mehrheit angenommen worden. Also die Wähler wollten eine Arbeiterregierung, aber sie wollten noch nicht reif für die weiteren Konsequenzen eines Arbeiterregiments. Gleichzeitig mit den Wahlen wurden diese beiden Vorschläge, diesmal in Form von sechs separaten Fragen, einem Referendum der Wähler unterbreitet. Ein Beweis, wie ernst es der Arbeiterpartei um diese Vorschläge ist, denn hätte sie auf das Referendum verzichtet, dann wäre ihr eine Mehrheit bei den Wahlen sicher.

Genauere Wahlergebnisse sind noch nicht gemeldet worden, aber die ersten Mitteilungen besagen, daß die Mehrheit der Arbeiterpartei merklich kleiner werden wird. Bleibt sie aber trotzdem gesichert, dann beginnt ein ganz neuer Abschnitt in der Geschichte Australiens, und wohl auch in der Geschichte der ganzen internationalen Arbeiterbewegung, dessen Konsequenzen noch gar nicht abzusehen sind.

Deutsches Reich.

— Die erbrechtlichen Unterthanen. Die höchste Stelle meldet, daß die braunschweigische „Chronikbeilage“ durch den Prinzen Ernst August binnen drei Monaten erlösen wird. Die amtliche Bekanntgabe wurde jedoch nicht vor Bekanntgabe des Bundesratsbeschlusses erfolgen. Die braunschweigischen Unterthanen trennen sich demnach, endlich von ihrem angeerbten Landesvater regiert zu werden.

der Millionär, blond wie Gold und weiß wie hart und ierlich wie ein Porzellanmännchen.
„Dabei erinnerte er den Doktor an einen seiner Ausprüche, die die Eigenheit betrafen, die christlichen Leute zu entrünnen. Arce behauptete ja oft, daß die Kinder der Liebe die schönsten seien; sie hatten etwas Eigenes an sich, das sich selten bei den von den weltmännigen Ehepaaren in der Schlaraffenzeit ohne Feuer und Schwand gegen den Stoff findet.“

Sanchez Morcueta erzählte, wie er einmal durch sein Bekanntschaft mit einem Pastorenpaar hatten sie sich der Wille genähert und unterhalten sich wieder langsam, indem hinter ihnen das Klappern des Klaviers und das Summen der im Salon versammelten Gesellschaft hörbar war.

„Und wenn man bedenkt, daß ich im eigenen Hause das Glück hätte finden können, das ich auswärts suchte, indem ich mich mit einer Wittfrau verheiratete, wie ich mich, als ich mich der Gedanke an meine Familie im Geheimnisse verurteilte.“
— Aber glaube ja nur nicht Luis, daß ich etwas habe, — fügte er zugleich mit Entschlossenheit hinzu. — Ich habe ein Recht darauf, glücklich zu sein, und man nimmt kein Glück, wo man es findet... Aber sprich doch, Luis. Was hältst du von ihm?

Arce zeigte die Achseln. Ueber jene Leidenschaft wollte er keine Worte verlieren. Wenn sie seinem Vater einige Genugtuung verschaffe, so tat er lieber wohl daran, dabei zu verharren. Das Leben ist kurz und ehe, und die Mühseligkeit des Menschen besteht darin, es zu erheben und mit bunten Strahlen die grauen Häuze des Daseins zu erleuchten. Es war gut, ja, daß jenes Weib ihn liebte, wie er behauptete. Aber die Hauptfrage war, daß er es glaubte. Menschen leben von Schein und Illusion, und das größte Unglück besteht darin, die Augen zu öffnen.
Sie hielt mich, Luis, ganz gewiß liebte sie mich, — fiel der Millionär wieder ein. Weeshalt sollte sie heucheln? Wenn sie mich wenigstens gewiß liebte, wie ich mich, als ich mich der Gedanke daran, das Glück zu verlieren, wie ich mich, als ich mich der Gedanke an meine Familie im Geheimnisse verurteilte.“

Der Doktor schaute über die seine Heberzeugung seines Vaters und bemerkte ihm wegen seines Egoismus; auf diese Weise ist kein Glück fern. Das sollte man, nur immer drauf los, das Glück zu genießen, da er genügende Willenskraft und die Mittel dazu hatte, sich eine zweite Familie zu gründen, die ihnen in der Vererbung lebte, während oben, auf dem Brettern, die andere in der ganzen Entfaltung ihres Reichtums herrschte. Arce intercedierte sich für Luis. Das hässliche Unglück seines Vaters, für seine moralische Völlerei in seinem Hause, wie ihm, erging es auch vielen anderen. Dieselben ewigen Hindernisse begegneten alle, die in dem frommen Lande in der Gärten eines mehr als eine Daushalterin und Verwalterin finden wollten. Die einen taten es im Saule des Glücks und suchten durch ein Verbrechen die irdische Welt des Vergnügens, die anderen durch ein Verbrechen und Egoismus den Ansehen eines ruhigen, glücklichen Lebens aufrecht zu erhalten. Die anderen, entschlossen und mutiger, wie er, Arce, lebten es zum offenen Brauch kommen, wollten nicht an eine tote Seele angelegelt weiterleben und trefen

zum Junggefellenseben zurück, doppelt verbittert, weil sie sich öffentlich keine neue Gesehrit suchen durften, in einem Lande, wo die Eheheftung nicht besteht.

Arce rügte die Frauen seiner Landschaft nicht weiter. Die waren einmal so, ein wenig auf Grund des süßen Temperaments der dasischen Rasse, die sich für nichts begehrt, das seinen praktischen und unmitelbaren Zweck hat, und sehr viel infolge einer verhehlten Erziehung, einer systematischen Trennung der Geschlechter, der in ihnen eingepfropften Anlehnung, daß der Mann nur eine Maschine ist zur Verfertigung von Geld und Kindern. Wie war denn eigentlich Sanchez Morcueta verfahren, als er heiratete? Wie alle Reichen seiner Landschaft. Die Betrag war von den rezipitiven Familien abgemacht worden, ohne sich hordentlich um den Wert der Nachkömmlinge zu kümmern. Dann kam die mehrmoralische Reize durch Europa, um mit seinem Reichtum zu prähen, wobei der Mann sich fortwährend nach seinen Geschäften zurückkehrte. Und am Tage der Hochzeit nach Bilbao begab er sich in sein Schreibstimmer, um Geld zu verdienen, aber in wenigen Tagen waren die Männern zu verhehlen, indem er seine Frau auf immer deren Freundinnen überließ. Die Frau schickte unter Verhehlen ihres Geschickts, und hatte nunmehr keine Unterhaltung, als die der Damentanzenden und das Zurücktragen von Möblen und Juwelen, um den Reiz der Genossinnen zu ersetzen, denn es fehlte ihnen selbst an Gelegenheiten, ihren Reichtum sehen zu lassen.

Die meisten nichts von gesellschaftlichen Leben mit seinen Fesseln und Wällen, wie es die Aristokratie anderer Länder gemacht. Die Patres der Gesellschaft, um ihren Einfluß zu sichern, predigten ununterbrochen gegen die Zanselbstfügen, das Unwesen des Zerfalls und des Zerfalls anderer Welt. Die Götter, die das Glück nicht hatten, die britischen und anderen Weltbesitzer zu heißen. Arce Bilbao waren gewöhnlich die Voten aller Theater leer, ohne daß je eine Frau sich darin sehen lieh. Ohne jede Zerteilung, indem allein um eigenliche Einkünfte ihres Daseins zu unterbreiten, fanden sich die Damen in der Straße ein die ihnen Gesellschaften, Monarchen, Prinzen und Theater war. Sie verdrängten die Frauen in dem Tempel zum Heiligen Rosen Jesu, dort, wo die lächerliche, buntnarbige Chorleiterarchitektur, das Harmonium, die Dissonanzstimme der Chorleiter und die elektrische Beleuchtung eine Stimmung hervorbrachten, der mehr sinnliches als mystisches anhauchte.

Arce lächelte bitter. Das Unglück ausgehört war jene Ungleichung, um sich langsam der Frau zu bemächtigen, und dann durch sie auch den Mann zu beherrschen. Die Männer trugen hauptsächlich die Schuld daran. Was sollten die armen Frauen, die sich schaden, allein Einfüssen unanglückigen Geschäfte anfertigen? Man wußte, ein des Daseins, und die Frauen, wobei sie den Mann bloß bei kurzen Zusammenkünften, wenn gerade ihn die Verdrie überkam, zu sehen bekamen. Und da hielt sie der geliebte Reize ein als Tröster ihrer Verbittern; er zerstreute ihre Langeweile mit einer süßlichen und verweidlichen Frömmigkeit, er war der Eunuch und Wädler, der vorher der Götter der aristokratischen Daseins war, er er von seinem Hinterhalte aus sich des Willens der Arbeiter zu bemächtigen, welche geschoben wurden, ohne den Schieber zu leben.

(Fortsetzung folgt.)

— **Ins Dhnan.** Die tägliche Rundschau berichtet, Wilhelm II. werde an seinem Regierungsjubiläum von hundertfünfzig bis zu hunderttausend Hochschülern aus aller Herren Länder honoriga causa ernannt.

— **Doch noch ein Großstadtkommissionen in Baden.** In Karlsruhe haben am Sonntag die öffentlichen Besprechungen zwischen Sozialdemokraten, Sozialisten und Nationalliberalen über ein Großstadtkommissionen in den nächsten Landtagswahlen stattgefunden. Ueber den Inhalt des Abkommens, der nur den wenigen an den Verhandlungen beteiligten Vertretern der einzelnen Parteien bekannt ist, war bisher nichts zu erfahren. Wie uns aus Baden mitgeteilt wird, steht zu erwarten, daß die Organisations der drei Parteien dem Abkommen zustimmen werden.

— **Die Justiz gegen die Freunde des Völkerrfriedens.** Wenn Verbreitung anarchoföner Schriften hatten sich vier Arbeiter vor der Kölner Strafkammer zu verantworten. Es handelte sich nach einer Mitteilung der Täglichen Rundschau um ein Flugblatt, betitelt: Krieg dem Krieg, worin zum Ungehörigen gegen die Gehege aufgefordert und empfohlen wurde, bei einer Mobilmachung sich nicht zu stellen. „Im Interesse der Staatsicherheit“ war die Veröffentlichung untersagt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Strafandauernde muter bedrohlich, daß es sich nicht um Hadesführer handle, sondern daß die Angeklagten nur ausgeführt, was andere geplant hätten. Strafführend galt die „Staatsgefährlichkeit“ der Sache.

— **Konservative Arbeit.** In der Arbeitslosenbewegung in Breslau, die von der Polizei in der letzten Woche verboten worden sollte, hatte die Deutsche Tageszeitung, bemerkt, wenn die Arbeiter in die nicht in den Fabriken arbeiten wollen, in den Städten sich zu einer förmlichen Gefahr für die friedlichen Bürger ausbilden, so wird es die höchste Zeit, daß stärkere Maßnahmen gegen sie ergriffen werden.

— **Die fremdscheit Stellungnahme hat einen Charakter in Schiedsrichter, Kreis Stellen, veranlaßt, folgende geschulde Karte an den Vorsitzenden des Breslauer Gewerkschaftsartikels zu senden:**

Bitte schicken Sie Ihre sogenannten Arbeitslosen, auf deutsch: Hungerer, zummler, die neulich demonstrieren, auf den Boden, wir müssen uns für deren Geld aufheben, Haffen, Haffen, Schreiber, wir lassen lassen, weil Sie und Ihr Anhang Landarbeit nicht mehr leisten können, lieber in die Stadt gehen, Gelegenheitsarbeit oder gar keine suchen, Ihre Damen auf der Gartenstraße, und dann möden wir Ihre tuberkulöse Wachsart hier mit einem Kissen, die wir nicht in der Lage sind, zu tragen. Die Arbeit dieser Zusammenkunft von Arbeitslosen mit einem, die dem zahlungsunfähigen Publikum dienen, das Hingehenden lungentranke Kinder in die Beschäftigung in eine Leistung, deren nur Arbeiter Certeiliger Erziehung fähig sind. Da zu den Organisations, die um Abstellung der Pol in Breslauer Wagner, die Arbeiter, die die Beschäftigten zu verschaffen gehören, kann sich der Briefschreiber in bei ihnen erkundigen, weshalb ein Lebergang von Industrie und Substanzarbeiten zu landwirtschaftlicher Beschäftigung für viele Arbeiter ausgeschlossen ist.

Frankreich.

Die Debatte über die dreijährige Dienstzeit hat am Montage in der französischen Kammer begonnen. Der Berichterstatter Dr. Perrière erklärte, worum der Gesetzesentwurf den Gesetzgeber für nötig für die Sicherheit des Landes halte, indem er sagte, das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit könne nicht mehr als 540 000 Mann ergeben, und daran erinnerte, daß die Effektivstärke in Deutschland vom Oktober ab 863 000 Mann betragen werde. Während der kritischen Zeit der Mobilmachung würde ein Frankreich gegen zwei Deutsche zu kämpfen haben, deren zweiwundertausend zwischen Rhein und Vogesen hunderttausend Franzosen gegenüberstehen würden. (Bevoegung.) Die Kommission habe alle anderen Lösungen außer der dreijährigen Dienstzeit verworfen müssen, besonders wegen der Unmöglichkeit, die Beschäftigten zu verschaffen. Garstionen aus dem Amerken, bezugsnehmend, wurde den Mechanismus der Mobilmachung hören und den Verwaltungsdienst in Unordnung bringen. Der Berichterstatter betonte die Schwäche des Heeres, die in dem Augenblicke der Entlassung der alten Leute infolge der geringen Anzahl von Kapitulanten eintrete. Die Kommission habe deshalb „schweren Herzens“ die 157 000 neuen Soldaten, die nun einmal nötig seien, bewilligen müssen. Vor dieser brutalen Tatsache können wir uns nicht verschließen; wir müssen den Generälen die Mannschaften geben die sie verlangen. (Widerpruch auf der äußersten Linken, lebhafter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Bänken.)

Relig. Chauvempis (Radikaler) sagte, die dreijährige Dienstzeit würde die wirtschaftlichen Interessen des Landes zerstören. Die jungen Franzosen seien zu heillosen Opfern bereit, aber das Leben in der Kaserne müßte ihnen, (Beifall auf der äußersten Linken,ärm im Zentrum und auf der Rechten.) Das Ausland läse in dem Gesetzentwurf eine Herausforderung. (Zwischenrufe.) Nebner warf den Generälen vor, daß sie bei ihren Beschlüssen an die persönlichen Interessen dächten. Der Nebner meinte weiter, man dürfe die Tragweite der deutschen Maßnahmen für Frankreich nicht überschätzen, denn Deutschland hätte auch gegen den Sozialismus Front zu machen. Außerdem wäre die Lage Österreich-Ungarns und Italiens nicht beruhigend für Deutschland. Chauvempis betonte weiter, das deutsche Volk sei ebenfalls friedlich wie das französische Volk. Man brauche keinen plötzlichen Angriff von Deutschland zu befürchten. Unter großem Beifall beendete Chauvempis seine Rede. Hierauf wurde die Diskussion vertagt.

Antimilitaristische Kundgebungen gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit wurden am letzten Sonntag wiederum in einer Reihe französischer Städte veranstaltet, so in Bonanne, Lyon, Bordeaux, Lille und Marseille. Die Polizei hatte überall umfassende Maßnahmen ergriffen, trotzdem kam es nirgends zu Zwischenfällen. Bezeichnenderweise war nirgends aktives Militär „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ ausgegogen worden.

Österreich-Ungarn.

Der Prozeß Lufacz. Der Prozeß des ungarischen Ministerpräsidenten Lufacz gegen den gewesenen Staatssekretär Döb hat nun sein Ende erreicht, wenn auch das Urteil des Gerichtshofes noch auf wenige Stunden ausständig ist. — Die königliche Tafel lafferte als Gerichtshof zweiter Instanz das erstinstanzliche Urteil und räumte die Beweisführung dem Angeklagten ein. Nun wurde bei der nachmaligen Vernehmung des Döb der von den Ministerpräsidenten Lufacz den größten Beweismitteln der Welt genannt und ihn beschuldigt hatte, Kienflammen, die dem Staat gehörten, zu Zweckzwecken verwendet zu haben, gelang die Beweisführung vollständig.

Die höchsten Staatswärtendräger, gewesene Minister, aktive Staatssekretäre und hohe Staatsbeamte wie auch die leitenden

Direktoren der größten Finanzinstitute mühten sich ihrer ausdauernden Aussagen dem entgegen, daß die Anlage des Staatssekretärs nur zu berechtigt sei, und mit jedem Tage der intensiven Verhandlung, mit jeder Zeugnisaussage häufte sich der Schmutz gegen den aktiven Ministerpräsidenten an.

Der Panamaprozeß zeigte durch die Beweisführung die Korruption der Regierung und deren Anhänger bis in das intimste und allerheimliche Gebiet der aktuellen Politik. Daß dieser Prozeß das Interesse des Landes wahrhaftig mußte, stand außer Zweifel; aber daß die Beweisführung so über alle Zweifel hinwegzuführen werde, daß der Gerichtshof der Verleumdung unbeschränkter Spielraum gewährt würde, daran wagte vorher niemand zu glauben. Nun ist es zur Genüge bewiesen, daß der Ministerpräsident zu seiner Verleumdung direkt Geldsätze mit dem Staat abschloß, daß er von Finanzinstituten, die Beträge mit dem Staat abschloß, Kienflammen entgegennahm, die jedoch nur zum Teil der Masse der Regierungspartei zur Propaganda bei den Reichstagswahlen zugiefert wurden.

Und trotz alledem überraschten die Aussagen der Zeugen, die das Panama des Ministerpräsidenten bekräftigten und nachwiesen, niemand im ganzen Lande; gab es doch keinen einzigen Menschen, der bewies, daß die Regierung Lufacz die formierteile aller Regierungen sei.

Nun, mag das Urteil am Dienstag (heute) so oder so lauten; ändern kann es die Sachlage nicht. Gleichviel, ob Döb vielleicht trotz der gelungenen Beweisführung zu einer gelinden Strafe verurteilt oder freigesprochen wird, Lufacz ist gerichtet, sein Regime wird nun ein Ende nehmen müssen. Dieser Prozeß wird aber auch einen allgemeinen Ekel vor der Politik der gegenwärtigen Regierung auslösen. Panamas gab aber alles noch in jedem Lande, der Geistismus des Kapitalismus mag sich auf das politische Terrain aller Länder — jedoch ist bisher Ungarn das einzige Land, in welchem öffentlich vor aller Welt das Panama unter Eid eingestanden wurde.

Die Erlaubnis des Königs, daß der gewesene Unterrichtsminister Döb, seines Amtes entsetzt, frei auszugehen dürfe, ruft den Spitzfinden hervor, daß die Stellung Lufacz nun auch nach oben erfüllt ist, und die Verurteilung des Justizministers und Lufacz selbst nach Wien läßt mit Bestimmtheit voraussetzen, daß die Tage der Regierung Lufacz-Zisza gezählt sind.

Ein weiteres Ergebnis dieses Prozesses wird jedoch die Bereinigung der gegenwärtigen Regierungspartei sein. In dem Prozeß wurde bewiesen, daß die Majorität mit Kienflammen erlaubt wurde, daß es einzelne Beispiele im Lande gab, in denen die Wählenden der Wähler 500 000, in 700 000 Kronen folgten. Unter diesem Eindruck muß die Partei, die darauf aufzubauen kam und die die eigentliche Trägerin der gegenwertigen Politik ist, zusammenbrechen. Nicht also der Ausweg dieses Prozeßes haben, der Korruption im Lande Schranken zu setzen, dann kann bei dem Sturz der Regierung sich diese Regierungspartei nicht weiter halten; sie muß gleichzeitig mit der Regierung verschwinden.

Der Döb-Prozeß hat seine Aufgabe erfüllt. Mag nun der Rücktritt Lufacz loyale oder aus dem Interesse dieses Jahres erfolgen; die gesamte öffentliche Meinung wird dies immer nur als eine Folge des jetzigen Prozesses erachten. Der Prozeß allein ist es, der die feste Position des Kabinetts Lufacz endgültig erschütterte. — Das Urteil wird am Dienstag (heute) nachmittag veröffentlicht werden.

Eine gepfeiferte Interpellation. Unter österreichischen Parteiführern, die Gleichheit in Wien-Neubau, ist wegen einiger harmloser Töge konstatiert worden, die in dem bürgerlichen Volkswort in Wien und in einer Anzahl Parteiblätter ungehörig erschienen sind. Nun hat im österreichischen Parlament unser Genosse Bernerthorfer eine Interpellation eingebracht, in der der Justizminister wörtlich gefragt wird: „Sollten Sie sich nicht, da Sie sich unter Ihrer Verantwortung ein Beamter stellt, so recht an den Rechten der Staatsbürger vergriffen darf?“

Rußland.

Spionität. In zahlreichen Garnisonorten sind Verhaftungen wegen Spionage, die gegenwärtig in Österreich und Rußland wie eine Seuche zu grassieren scheint, vorgenommen worden. Auch im Kriegsministerium hat man unter dem dringenden Verdachte der Spionage mehrere Kanzleibeamte verhaftet.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiterstreik in Stuttgart.

Nachdem bereits am Sonnabend die Arbeiter der Werkzeugabteilung der Firma Robert Bosch in Stuttgart die Arbeit niedergelegt hatten, ist am Montage ihrem Beispiel eine weitere Abteilung aus dem Grunde gefolgt, weil mehrere Arbeiter gemäßigelt worden waren. Da nunmehr durch die Einstellung der Arbeit in zwei nachfolgenden Werkstätten der gesamte Betrieb in Frage gestellt werden ist, hat die Firma, einer Wolknehmung zufolge, den Gesamtbetrieb geschlossen. Es kommen im ganzen ungefähr 4000 Arbeiter in Betracht.

Wallerlei.

Der Wirbelfurm in Württemberg.

Das Städtchen Plochingen, das am Sonntag durch einen Wirbelfurm zum Ziel bewirft worden ist, bietet ein Bild grausenhafter Zerkürung. Der Waldhof und das ganze Städtchen sehen wie nach einer Verheerung aus. Signalzeichen wurden wie Wolme gehoben und eiserne Stighalbten geknird. Die Wahntheile auf dem Waldhofe waren von Reisenden stark belegt, die sich ändernd in die Unterführungen flüchteten. Frauen und Kinder wurden zu Boden geworfen, ein Knabe wurde unter den Trümmern begraben, konnte aber geborgen werden. Mehrere Dugend Eisenbahnwagen, die zum Teil ein Eigengewicht von 30 Tonnen haben, sowie schwere Möbelwagen wurden umgeworfen. Etwa 30 Personen wurden durch Glasplitter leicht verletzt. Das Johanniterhaus wurde sehr schwer von dem Sturme betroffen. Die ganze Vahrte hinter dem Krankenhanse wurde mit den Kranken weggeweht. Zwei Kranke wurden etwa 20 Meter weit geschleudert. Es ist geradezu ein Wunder, daß die Abwesenheit von einigen letzteren Verletzungen, ohne Schaden davonkommen. — Die Regierung wird eine Kommission zur Untersuchung der Geschehnisse in die Wege leiten, da es für denartige Katastrophen keine Verhinderungsmaßnahme gibt.

Ein furchtbares Inmutter, das Sonntagabend über dem welfischen Zaunus niederzugesen ist, hat namentlich in der Gegend von Selbach und Engenbahn großen Schaden angerichtet. Hagelkörner bedekten den Erdboden bis zu 10 Zentimeter Höhe. Der Wind hat mehrfach eingeschlagen. In den Wäldern in der Umgebung des Reibberges sind Hunderte von Bäumen entwurzelt worden.

Die Blutsunde des Baren.

Ein Blutsbad, das sich an Gewalttätigkeit mit dem bekräftigten Gemebel in den Venngelbwohleren würdig an die Seite stellt, hat sich in einem Dorke des Bezirkes Jadrinski (Gouvernement Salon) ereignet. Die Bewohner des Dorkes waren untereinander in Streitigkeiten über die Verteilung der Gemeindefürer geraten. Daraufhin entfandten die Behörden 30 Gewarden in das Dorf, um eine Verteilung des Grund und Hobens vorzunehmen. Die Bauern rotteten sich auf der Dorfweide zusammen, um den ankündenden Gewarden Widerstand zu leisten. Während die Mehrzahl der Gewarden sich etwa 200 Schritte vom Dorf wehlte, begaben sich drei von ihm zu den Bauern und forderten sie auf, sich zu zerstreuen. Da die Bauern dieser Aufforderung nicht Folge leisteten, taten die Gewarden ihnen Namen, rufen ein Signal, die nunmehr herbeizurenden und unverzüglich ein Salvenfeuer auf die Bauern eröffneten. Sechs Personen, unter ihnen eine Frau, wurden auf der Stelle getötet und fünf Bauern schwer verwundet. Man zogen die Gewarden die Säbel und ritzen voller Karriere in die flüchtende Menge, auf die sie ohne Gnade und Barmherzigkeit eingehien. Dabei erlitten abermals fünf Bauern durch Säbelhieb zum Teil tödliche Verletzungen.

Ein Mädchen lebend eingemauert!

Ein furchtbares, in seinen Einzelheiten wie ein Abdruck aus einem Klopptagebuch ammutendes Verbrechen hat sich in der Umgebung von Barcelona ereignet. Wie gemeldet wird, überließen mehrere unbekannte, elegant gekleidete Männer einen Mauerer auf der Straße, verbunden ihm die Augen, ließden ihm in ein Automobil und fuhren mit ihm nach einem Hause, das ihm völlig unbekant war. In einem vornehm eingerichteten Zimmer wurde ihn die Linde von den Augen genommen und man zwang ihn mit vorgehaltenem Revolver, ein junges, schönes, Mädchen im Alter von 18 Jahren in die Ecke des Zimmers einzumauern. Nach Vollendung der armenhohlen Arbeit brante man ihm eine große Menge Holz in die Hand, wodurch ihm wiederum die Augen, nahm ihn in das Automobil und setzte ihn weit weg von der Stadt auf einer einsamen Landstraße aus. Die Polizei fandet eilig nach dem Hause, in dem sich das Verbrechen ereignet haben soll.

Der Hauptmann als Würger.

Der unter mehrfachem Wucherdachte verhaftete Hauptmann der Madrider Artillerieschule Sanchez wurde dem militärischen Untersuchungsrichter vorgeführt und einem eingehenden Verhör unterzogen, in dem die Verbrechenmomente immer mehr an Kraft gewonnenen. Nach einer äußerst bewegten Konfrontation mit seiner Tochter Maria Julie, die der Behörde bezeugt wird, gestand der Hauptmann, daß er der Urheber des Verbrechens sei, das er im Verein mit seiner Tochter an dem Madrider Bürger Galon verübt habe.

Eisenbahnsammler in Belgien.

Am Montag nachmittag ist auf der Station Dilbeek, in der Nähe von Gent, der Veronesenag Brüssel-Courtrai mit einer Maschine zusammengefahren. Dreißig Personen sind, zum Teil schwer, verletzt worden. — Der Mittags-Veronesenag war vollständig mit Gegenreisenden und Arbeitern belegt. Durch die Wucht des Zusammenstoßes wurde eine ganze Reihe Wagen dritter Klasse zertrümmert. Die Verlesenen von über 30 Personen bestehen aus Arm und Weiblichen. Auch die beiden Lokomotivführer zählen zu den Vermundeten.

Opfer der Arbeit.

Auf der Saphienhütte in Westlar drang in eine Gashöhle mofidne, die ausgebeffert wurde, giftiges Gas ein, wodurch drei Arbeiter wurden tödlich verletzt. Sie sind bald darauf gestorben. Ein Dozentlicher wurde leicht verletzt.

Humor und Satire.

Epilog.

Wieder stein sie vor der Urne,
Rausch hinein und Brust heraus,
Freuhens trammte Schicksalsmurre
Teilt den Trimmengesamt aus.

Nach bekannter indirekter
Unternehmensschleudrer,
„Hände hoch!“ Der Gußinbhefter
Weigt die Ehre schon zur Schur.

„Stimmt’s?“ Er schmatzt die lange Weitsche,
„König, Gott und Vaterland!“
Wählbar ist ein jeder Deutsche,
Und gewählt wird Hendeband.

Von der Weitsche bis zur Erde
Sieht die Zeit kein langem still,
Und die Dummeheit stellt dieselbe,
Weil der liebest Gott es will.

Trolllos leuchtet über Blinden
Seine Sonne fort und fort,
Luftig flattert in den Winden
Ein zerrettes Königswort.

(Ghar Zeiger im Simplicissimus.)

Preussische Landtagswahlen. Durch letztfrühtiges Eintreten des Herrn Werbellwites Kneule, Wähler I. Klasse, wurde unter konkurrierender Kandidat wiedergewählt. Die Erneuerung aus das Jahr 1893 hätte nicht würdiger geteilt werden können. Es gab nach dem im Hause des Herrn Kneule eine kleine intime Feier.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Heberfrücht, Parteianwärtiger Paul Jennig, Rußland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bach, für Lokales Blütheim-Koenen, Preussisches Gottlieb Kasparek, — Verleger und für die Inseraten verantwortlich Alfred Jahnia, sämtlich in Halle. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. S. M. S.).

DOYEN
Cigaretten
3 Pfg.
In aller Mund!
Adler Compagnie Act. Ges.



Schluß-Verkauf

39 Pfg.-Tage



Dienstag — Mittwoch — Donnerstag — Freitag.

Unsere Läger sind wiederum durch grosse Eil- und Express-Sendungen ergänzt.

Ca. 5000 Paar Strümpfe und Handschuhe!

Damen-Strümpfe, engl. lang, jedes schw. u. braun durchbroch. Paar	Damen-Handschuhe, ca. 35 cm lang, m. Fing., farb., durchbr. Paar
Damen-Strümpfe, engl. lang, braun und schwarz	Damen-Handschuhe, mit zwei Druckknöpf., farb., durchbr. Paar
Damen-Strümpfe, durchbroch., hochmoderne Farben	Damen-Handschuhe, weiss, durchbrochen, mit 2 Druckknöpfen
Herren-Socken, grau Vigogne	

Während unserer 39 Pfg.-Tage nur einmaliges Angebot!

Ca. 1500 Emaille-Eimer, 28 cm, gross, blau	Ca. 1000 Dosen Ia. Bohnerwachs, 1/2 Pfund-Dose
Ca. 2200 Schmortöpfe, hohe Form	Spelse-Fliegenschranke, flackiert
Ca. 500 Emaille-Eimer, 28 cm, ff. Decor	Ca. 900 Blumen-Vasen, Stangenform
Ca. 3000 Glas-Kompottschüsseln, 28 24 17	Ca. 3000 dekorative Porzellan-Abendbrotsteller
Ca. 5000 Bierbecher	Ca. 2000 Speisesteller, tief u. hoch, echt Porzellan
Ca. 4000 Weingläser, Spezial-Kristall, mit Kante 18, glatt	Ca. 100 Kaffee-Service, 9 teilig, ff. dekoriert
Ca. 2000 Zitronenpressen	Ca. 200 Wasch-Service, grosse mod. Form, ff. dekor.
Ca. 400 Aquarien, gross	Ca. 4000 Obertassen, weiss und bunt
Ca. 2600 Karten Glühstift	Ca. 1700 braune Einmachetöpfe, alle Grössen am Lager.
Ca. 5000 Einmachetöpfe, weisses Glas 1/4 2/4 3/4 1 1 1/2 2 2 1/2 3 4 5 Ltr.	Ca. 4000 Konserven - Einkochgläser „Küchenfreund“, kompl. mit Drahtbügel und Gummiverschluss

Kurzwaren und Besätze.

1 Posten Damen-Strumpfhalter aus gutem Riemenband	12 Paar Schnürsenkel, Eisen-garn, 100 cm lang
10 Mtr. Mohair-Besenlilien, schwarz	4 Dutzend Druckknöpfe mit Sparknopfen
1 Posten Tüllspitzen, weiss und ecru	1 Riesenpost. Spachtel-u. Tüll-Einsätze, weiß, ecru, elfenbein, 1 Mtr.
1 Posten Spachtel-Einsatz u. Spitze, schwarz u. weiss, Mtr.	1 Posten Spachtel-Galons, weiß, elfenbein, ecru
1 Posten Spachtel-Galons, weiß, elfenbein, ecru	1 Riesenpost. Metall-Einsätze, schwarz m. farb., gestickt . Wert 1.25
Ein Post. Rucksäcke u. Lederriem. moderne Form	Ein Post. Unlen-Lacklederortel, sonst 75
Ein Posten Knaben-Herren- u. Knaben-Mützen	Ein Posten Gravüren (Kunstablätter) berühmter, alter Meister
Ein Post. Schubermere, gute Qual.	2 Dosen 1 Pfd.
Ein Posten Poliertücher, 4 Stck. 39 Pfg.	Ein Posten Postkarten-Albums
Ein Posten Knaben-Schürzen mit Tasche und Bild	Ein Posten Nussbaumseife, 2 Stck. 39 Pfg.
Ein Post. Schuhermere, gute Qual.	Ein Riesenposten seldene Repettes u. Binder, elegante neue Muster, Wert ca. das Dreifache, zum Auswaschen

Ca. 6000 Bulgaren- u. Stickerkreiden.

Damenblusenkreiden, ecru und weiss, Rippe m. blauem Rand, Blusenkreiden, ecru m. weissem Futuristenbesatz, Spachtelkreiden, runde Form, Stickerkreidenkreiden, neue Form	Tülljabots, plissiert, Blaue Matrosen - Garnituren, Kleier Knoten, schwarz Satin, mit u. ohne Schriftband, Ein Posten Collarets, z. Aussuchen
--	---

Schürzen!!

Sensationell billiges Extra-Angebot!

In der ersten Etage auf Extra-Tischen ausgelegt.

Ein Riesenposten Hausschürzen mit Volant und Tasche, reich garn., extraweit, jetzt 1.25 95 68 Pfg.	Ca. 1000 Kinderfalten - Hänger in hell und dunkel jetzt 1.05 1.45 1.25 95 Pfg.
Ein Riesenposten Empire - Schürzen, gestreifte Siamosen, modern garniert	Ein Riesenposten weisse Kinder-Schürzen m. Stickerei, jetzt 95 Pfg.
Ca. 500 Stück Blusen - Schürzen aus gestr. Siamosen, mit Schosse garnit., mod. garn., jetzt 1.65 1.45	Ein Riesenposten Tüel-Schürzen, weiss, mit Stickerei
Ein Riesenposten Blusenschürzen, blau-weiss getupft, mit markiert. Schoss	Ein Posten elegante Stickerkreiden - Schürzen
Ein grosser Posten Knaben - Schürzen, letzte Neuheit, mit Schaufel u. Eimer	Ein Posten Spiel-Anzüge in verschiedenen Grössen
	Ca. 2000 Russenkleid in vereinh. Ausführungen

Tennisschuhe in weiss u. grau mit und ohne Keppie . 2.45

NUSSBAUM.

Leder-Sandalen, breite Naturform 1.55

Gewerkschaftskartell Halle.

Nächsten Freitag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr im „Volkspark“, Burgstrasse 27

Sitzung

- Tagesordnung:
1. Eingänge und Mitteilungen.
 2. Bericht u. Neuwahl der Vertreter im Bildungsausschuss.
 3. Bericht, Anträge und Neuwahl der Vertreter in der Jugendkommission.
 4. Bericht von der Bezirkskonferenz der Gewerkschaftsleitung in Sangerhausen und Stellungnahme zu den Beschlüssen dieser.
 5. Verschiedenes.

Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Delegierten bittet Der Vorstand.

Konsumverein Eilenburg u. Umg.

(eingetr. Genossenschaft mit befr. Haftpflicht). **Außerordentl. Generalversammlung** am Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Tiroll. Tagesordnung:

1. Antrag der Verwaltung auf Errichtung einer weiteren Verkaufsstelle.
 2. Bericht des Vorstands.
- Zu dieser Versammlung sind die verehrten Mitglieder herzlich eingeladen. Der Vorstand: Schmidt, Buchardt.

Achtung! Florabad (Pulverweiden).

Donst., Dienstag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, **grosses Strand-Konzert** der Halleschen Bergkapelle (Dir. Kallenberg). Eintritt frei.

1403 **Peissnitz.** Sonnabend, 7. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr: **I. Volks-Konzert** des gesamten Stadttheater-Orchesters. Leitung: Kapellmeister **Heinrich Lohrer.** Eintrittskarten à 20 Pfennig für jedermann. Vorverkauf in der Hofmusikalien-Handlung Heinr. Hothan und Reinhold Koch, im Peissnitz-Restaurant und im Arbeiter-Sekretariat.

Restaurant mit 3 Vereinszimmern sofort zu verpachten. Offerten unter B. G. 9225 an Rudolf Mosse, Halle. 1751

Wandkarte Mittel-Europas Preis 50 Pfg. Nach auswärts Porto zuzüglich. Jeder Zeitungsliefer, jeder Wallfahrer in Käufer dieser Karte. Gebiete 1/75 cm. - Aufnahmestab. Beihilfen nehmen entgegen alle Austräger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Gatz 42/43.

Hausarbeiterinnen Heilbrun & Pinner, G. m. B. Oeffelstraße. Die seit Jahren in Klostermansfeld, Heilbrun und Mansfeld bestehende Agentin einer grossen, erbklassigen **Feuerversicherungs-Gesellschaft** soll alsbald unbewerblich abgelassen werden. Rückfragen belieben ihre Offerte unter H. 52824 durch die Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler, A. G. Magdeburg, einzureichen. 746

Konsumverein zu Werfegurg u. Umg. Die ausgeschriebene Lagerhalterstelle ist beiecht. Allen Bewerbern besten Dank. Die Verwaltung.

Richard Flemming, Halle a. S., Schmeerstraße 22. Zweiggeschäft: Reilstraße 129. - Optische Anstalt. - Große Auswahl, billige Preise!

Restaurant mit Inventar sofort zu verpachten. Offerten unter B. H. 9226 an Rudolf Mosse, Halle. 752

Wohnungs-Anzeigen Schlafstelle, 1. Mühl., für 1 bis 2 Herren, zu verm. Daj. Mittagsessen. 1899 Friedrichstraße 6.

Arbeitsmarkt 3-4 tältige Steinsetzer werden sofort bei hohem Lohn angenommen beim Strassenbau witten. 756

Arbeitsmarkt bei hohem Lohn stellt ein Nagelfabrik Diemitz. Mehrere tältige Terrazzoarbeiter (Stamper) werden einaehtelt. 747

Sträftige Badmädchen für künftige Montagen sofort gesucht. **J. Meistring,** Sangerhausen.

Wagen-Monteurs für künftige Montagen sofort gesucht. **J. Meistring,** Sangerhausen.

Meltere Frau zur Führung des Geschäftes. Bewerberinnen wollen sich baldigst melden. **Heinrich Przybilny,** Markbrühlts b. Dethleffens (S.). 743

Tennissälle bestes deutsches Fabrikat. **C. F. Ritter,** strasse 90. **frische Kamillen** kauft jederzeit 1945 **Teefabrik** Gr. Markter Teefabrik, str. 67. **Möbelausstattungen** billig 200, 300, 450, 500, 600 - 3000 Ztl., in großer Auswahl stets am Lager. Bei Einkauf einer Möbel-Ausstattung gebe ein großes Ganzes! **1318**

Gasthof Umsatz, sofort v. Brauerer zu verpachten. Offerten unter B. E. 9223 an Rudolf Mosse, Halle. 749

Restaurant mit Inventar, konfessionlos, sofort zu verpachten. Offerten unter B. F. 9224 an Rudolf Mosse, Halle. 750

Böttcher-Waren dauerhaft in u. außer dem Leipsiger billig, lauber u. haltbar. **Scharf Dieckauerstr. 13.**

Frische Knickler 1306 Spezial-Größe, Groß-Größe, 7 Tafeln. 742

Butterküher ohne Eis, 45 Pfg. **C. F. Ritter,** Leipzig, strasse 90.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 8. Juni 1912.

Sozialdemokratischer Verein.

An die organisierten Frauen!

Genossinnen! In der Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe, die einem Teil der Arbeiterklasse des Raugewerbes und anderer Berufsberufe ist es dringend notwendig, daß auch die Frauen über die Bedeutung der Genossenschaften im wirtschaftlichen Informiert sind. Rot und Glend sind meist die Begleiterscheinung der Streiks und Ausperrungen. Und wer ist in erster Linie der Leidtragende? Die Mutter, wenn sie ihre Stieblinge unter der Last liebt. Kommenig ist es also, daß auch die Frauen, in erster Linie die organisierten Frauen, sich über die Bedeutung der wirtschaftlichen Kämpfe, der Organisationen, die berufen sind, dieselben zu führen, informieren. Darum Genossinnen, agitiert für den Besuch der Frauenversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche am Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Volkspark stattfindet. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Bedeutung der Genossenschaften für die Frauen. 2. Referat Parteifreundin Genossin Friedeburg: 2. Diskussion; 3. Unsern Arbeiterzeitung; 4. Nachrichten; 5. Verschiedenes. Am zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten waren gestern trotz der Hitze außerordentlich reudig, da es allerlei Vorlagen gab, die die bürgerlichen Herren als Baumaßnahmen oder als Hausbesitzer besonders interessieren, das große Publikum aber gar nicht betreffen. Das zeigte sich darin, daß der gestern sehr schwach besetzte Säulsaal sich sehr rasch immer mehr leerte. Ganz zu Anfang gab es jedoch eine allgemein interessierende Mitteilung zu behandeln.
Der Magistrat hatte mitteilen lassen, daß er dem Beschluß der Stadtverordneten, die Konzeptionssteuer aufzuheben, nicht beigetreten ist. Sodann, Giese stellte den Antrag, trotzdem eine gemischte Kommission einzusetzen, die nochmals gemeinsam mit dem Magistrat darüber beraten soll, ob nicht doch ein Weg zur Befreiung der Konzeptionssteuer gefunden werden kann.
Die Stadtv. Emmert und Wesse unterstützten diesen Antrag ganz energisch, indem sie dagegen protestierten, daß ein einzelner Gemeindevorstand zu solcher Sondersteuer herangezogen wird. Genossin Emmert stellte noch fest, daß in der letzten Sitzung die Einführung der Konzeptionssteuer einstimmig rundweg abgelehnt worden ist.
Trotz der Vorbehalte bemerkt und sein Stellvertreter Häring sich in aller Form als freiwilliger Magistratsrat manifestiert gegen die Aufrechterhaltung der Meinung der Stadtverordnetenversammlung auszusprechen, wurde der Antrag Giese, eine gemischte Kommission einzusetzen, mit 26 gegen 21 Stimmen angenommen. — Die zehnjährigen Magistratsfreunde à la Höhring haben sich also eine Niederlage geholt und der Magistrat wird sich nun doch wohl zu einer anderen Stellungnahme bequemen müssen.

Einen komischen Mißgriff hatte die Behandlung einer weiteren Mitteilung des Vorstehers über eine Protestdemonstration abtrotter Akademiker, die den städtischen Behörden Vorwürfe macht, daß sie zur Begründung des deutschen Genossenschaftsgesetzes einen „Verabredung“ veranlaßt haben. Es heißt das „Abhandlung“ führen, wenn die führenden Männer der akademischen Wissenschaft in so vieler Weise dem Volke ein böses Beispiel geben. Diese Mißgriffe brachte den Vorsteher in harte Erregung. Aber die Bemerkung eines der 60 Unterzeichner der Kundgebung brachte den Herrn noch mehr in Erregung. Es handelt sich um einige Zeilen des Redners v. Broder, der schreibt: „es sei eine starke Gebantenlosigkeit der städtischen Behörden“, die Männer, die auf gesundheitsgemäßem Gebiet bahnbrechend wirken können, zu einem „Verabredung“ zu leiten. Bei dieser Mitteilung erwiderte der Jurist: Unverschämtheit! „Gegen solche Verleumdung“ — so bemerkte der Vorsteher — „lege er seine entschuldigende Bemerkung ein, die Stadt werde sich keine Vorwürfe darüber machen lassen, wie sie ihre Güte empfangen soll.“

Wir meinen, so ganz stimmt das nicht; denn wenn der Einwohnerversammlung das Verhalten der Stadtväter nicht gefällt, ist sie jederzeit berechtigt, sich darüber zu beschweren und dagegen zu protestieren. Und in diesem Falle ist die Beschwerde auch in der Sache nicht unberechtigt. Denn daß ein Bierabend die würdige Form zur Begründung eines Kongresses führender Redigierere ist, das können höchstens Ephebe, aber nicht für den Kulturfortschritt wirkende moderne Menschen behaupten. Auch der Hinweis darauf, daß dem „Woll“ durch solche Vorgänge nur ein böses Beispiel gegeben wird, hat einen berechtigten Kern, wenn man bedenkt, wie oft die bürgerlichen Herren sich über das angebliche Viehlaufen der Arbeiter entäußern. — Der Stadtverordnetenvorsteher hätte also gar keine Veranlassung, zu erregt zu tun. Im Gegenteil. Besserung zu ergreifen, wäre richtig gewesen.

Eine bemerkenswerte Debatte — bezeugen bemerkenswert, weil sie zu einer Niederlage des Magistrats führte — empfand sich über die Abrechnung der Straßenausbauarbeiten, auf die der Bauausschuß vor zwei Jahren lang warten mußten. Tritt inzwischen ein Verweigerung ein, so gibt es zuweilen sehr unangenehme Nebenwirkungen und Prozesse. Im hiesigen Wandel zu schaffen, lag ein Antrag des Bauausschusses vor:
Der Magistrat zu erlauben, der Stadtverordnetenversammlung ein Verzeichnis derjenigen Straßen vorzulegen, für welche die Abrechnung und Einhebung der Anliegerbeiträge noch nicht erfolgt ist, unter Angabe, ob Kauttionen hinterlegt sind oder nicht, ob Streitigkeiten über die Mietzahlung schweben und welches der gegenwärtige Zustand des Ausbaues ist, eventuell, auf welche bauliche Aufwendungen noch in Aussicht stehen.
Die Stadtv. Emmert, Häring und Kallmeyer unterstützten den Antrag einmütig mit durchschlagenden Beispielen.

Bürgermeister v. Hoff und Stadtbaurat Lammerstateraten alle, die bei der Begründung der Abrechnungen zu entschuldigen, aber der Antrag des Bauausschusses wurde mit großer Mehrheit angenommen.
Es folgte nun die einstimmige Abweisung der unbilligen Vorlagen, über die aber doch ein langes und breites getuschelt wurde, so langweilig, daß auch die letzten paar Zuhörer gähmend die Tribünen verließen. Aber diese Rede führte dann zu einem interessanten Zwischenfall, zu einem Zusammenstoß mit einem Arbeitervertreter. Unser Berichterstatter benutzte einmal ein an einem Pfeiler an der Seite des Saales stehender Spindelpfosten, um aufzuklimmen, um dann zwischen dem Pfeiler und der Ausgansöffnung an der hinteren Wand des Saales einzukriechen bis acht Schritt auf und ab, was auch früher schon einmal über heute gefiel das dem Vorsteher oder vielmehr dem Oberbürgermeister nicht. Herr Rivier machte dem Vorsteher auf

den Pfeiler aufmerksam und prompt erfolgte durch den Vorsteher der Hinweis an die Herren Pressekorrespondenten, daß das Auf- und Abgehen dort hinten scharf. Und da diese Bemerkung nicht sofort verstanden wurde, folgte bald darauf in einem Wiederholungsfall eine größere Aktion, indem der Vorsteher sich erhob und ausrief, daß das Geben hören könne. Der Herr Rivier dabei noch festerlich auf die Vorgesetzte der Zulassung der Presse zum Sitzungssaal hin, wobei es durchlief, daß die Presse eigentlich nur gebührt werde.
Wenigstens vor dem Beschlusse mußten wir gegen diese Ansicht über das Recht der Zeitungsdienstleistungen protestieren. Eine Großaktion ist dies, die Presse zu bestrafen. Ohne oder gegen die Zeitungen als solche wird keine moderne Stadtverwaltung arbeiten können. Sie würde dann einfach den Zusammenhang mit der Bevölkerung verlieren und sich sehr bald selbstschaffen. Es ist deshalb schon ein ziemliches Maß mangelnder Höflichkeit und fehlenden Verständnisses, die Verdichterinnen an die hinterste Wand des Saales zu drängen. In anderen Städten sitzen sie direkt zu Füßen der Vorstands- oder Magistratsstühle, so dann die schwierige Arbeit sachgemäß geleistet werden kann. Nun gar einem Arbeitervertreter aus einem gelegentlichen Hin- und Herbewegen zu machen, das übersteigt fast das Maß des, was sich bei Hofe zu tun läßt, um so mehr, da auch die Bediensteten ihrer Vertreter in den langen Sitzungen weder durch Vereiteln einer Kränzelung noch durch eines besonderen Spundpanses nicht genannt wird. Auch ein Ansehen der ausführenden Zeichnungen und Pläne ist ihnen unmöglich. Und schließlich ist es einfach nicht wahr, daß das einmalige Hin- und Herbewegen auf dem hohen Teppich tönen kann; wäre das der Fall, so müßten schon sehr oft Stadtvorordnete darauf hingewiesen werden müssen, denn deren währende Lauferei und privates Sprechen mitten im Saal macht zuweilen jedwede Vertretung der Ausführungen der Redner unmöglich. Also bitte, Herr Vorsteher, sorgen Sie für bessere Plätze, das ist sehr wichtig.

Wenn ich schreibe, wie die Presse, kamen übrigens gestern die in der hiesigen Presse, sie hatten eine Vertition auf Verbesserung, Einführung von Bodenlösen und Arbeiterausführungen eingereicht.
Der Ausgangspunkt war, über die Petition zu Tagessatzung und die zu prüfen, da sie von einem Mann Ludwig unterzeichnet ist, nicht mehr fähig Arbeiter, sondern sozialdemokratischer Agitator wäre. Die Stadtmverwaltung braucht nur mit ihren eigenen Arbeitern zu verhandeln und die hätten nichts gefordert.
Auf diese Mahnsachen vom Herrn vom Hause folgte die gebührende Antwort:
Genosse Oberbürger: Bereits im November vorigen Jahres sind die hiesigen Arbeiter das Kollegium petitionierend um Verbesserung und Erhöhung von Arbeiterausführungen gegangen, und heute, nach reichlich sieben Monaten, haben die Herren bürgerlichen Stadtverordneten wieder negativ (bezeichnen) entschieden. Im Februar wurde die November-Petition durch das Kollegium dem Magistrat zum Teil zur Verächtlichmachung überwiesen, während ein anderer Teil des Petitions von dem damaligen Vorsteher dem Plenum gegenüber als bei ihm nicht eingegangen bezeichnet wurde. Von der dem Magistrat zur Verächtlichmachung überwiesenen Petition haben wir nichts weiter vernommen. Warum ist diese Verächtlichmachung vom Magistrat nicht erfolgt? Welche Gründe veranlassen den Magistrat zu einem solchen Verhalten? Warum ist es ihm nicht möglich, hiesige Arbeiter hanteln? Was ist alles während dieser langen Zeit im Kollegium vor sich gegangen? Die Bürgermeister, die Stadtväter und viele andere hohe städtische Beamte haben während dieser Zeit bei der Stadtverordnetenversammlung um Gehalts-erhöhung angeknüpft, und nicht vergebens. Allen ist die vorgetragene Bitte gewährt worden, allen ist mehr oder weniger reichlich gegeben worden. Nur den Arbeitern nicht. Warum, frage ich nochmals? Mühte in Anbetracht dieser Umstände bei den Herren bürgerlichen Stadtverordneten nicht der Grundsatze noblesse oblige (Noble verpflichtet) zur Geltung kommen. Aber statt dessen klammert man sich wie üblich wieder an ein kleines Verbrechen an ein Zufallsverbrechen, um den städtischen Arbeitern ein Schimpfchen zu schlagen, damit ihnen die wohlverdienten Nachtritte auf längere Zeit vorzuenthalten werden können. Der Unterzeichner der Petition soll nämlich ein sozialdemokratischer Agitator und ferner schon viele Jahre nicht in hiesigen Betrieben beschäftigt sein. Beides zusammen, so ist das kein Grund, die Petition nicht zu berücksichtigen. Wir vier hier sitzenden sozialdemokratischen Stadtverordneten sind auch sozialdemokratische Agitatoren suchen aber durch unsere Mitarbeit im Kollegium das Wohl der Kommune zu fördern und trotzdem sind die Stadt Halle und der preussische Staat noch nicht vom Erdboden verschwunden. Nicht der nennenswerte Unterzeichner der Petition ist der eigentliche Verletzte, sondern der Staats- und Gemeindearbeiterversand ist die petitionierende Körperschaft und der unterzeichnende Lorenz der Vorsteher, der vor Jahren aus den hiesigen Betrieben wegen gleicher Vergehen gemahnt wurde. Und würde heute ein anderer hiesiger Arbeiter die Petition mit seinem Namen versehen, so würde er ebenfalls als „genau gemacht“ werden! Viele andere Kommunen, wie zum Beispiel, Aemmenau, Schöneberg usw. haben aber sogar Kontrakte mit dem Gemeindearbeiterversand abgeschlossen. Die Stadtverordnetenkollegien dieser Kommunen haben sicherlich nicht danach gefragt, ob der Unterzeichner irgendeiner Petition sozialdemokratischer Agitator ist oder sonst eine andere einem Dritten nicht genehme Eigenschaft besitzt. Wer überhaupt im öffentlichen Leben steht und sich mit öffentlichen Dingen zu beschäftigen hat, der darf nicht feilschen denken noch handeln, nicht sozial rücksichtlos sein, sondern muß alles von einer höheren Barie hersehen und beurteilen. Kann er das nicht, so ist er nicht befähigt, das Amt eines hiesigen Arbeiters zu übernehmen. Es ist Pflicht eines Verwaltenden, das größte Wohl der Kommune zu erwirken. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag.

Wenn ich schreibe, wie die Presse, kamen übrigens gestern die in der hiesigen Presse, sie hatten eine Vertition auf Verbesserung, Einführung von Bodenlösen und Arbeiterausführungen eingereicht.

Der Ausgangspunkt war, über die Petition zu Tagessatzung und die zu prüfen, da sie von einem Mann Ludwig unterzeichnet ist, nicht mehr fähig Arbeiter, sondern sozialdemokratischer Agitator wäre. Die Stadtmverwaltung braucht nur mit ihren eigenen Arbeitern zu verhandeln und die hätten nichts gefordert.

Auf diese Mahnsachen vom Herrn vom Hause folgte die gebührende Antwort:

Genosse Oberbürger: Bereits im November vorigen Jahres sind die hiesigen Arbeiter das Kollegium petitionierend um Verbesserung und Erhöhung von Arbeiterausführungen gegangen, und heute, nach reichlich sieben Monaten, haben die Herren bürgerlichen Stadtverordneten wieder negativ (bezeichnen) entschieden. Im Februar wurde die November-Petition durch das Kollegium dem Magistrat zum Teil zur Verächtlichmachung überwiesen, während ein anderer Teil des Petitions von dem damaligen Vorsteher dem Plenum gegenüber als bei ihm nicht eingegangen bezeichnet wurde. Von der dem Magistrat zur Verächtlichmachung überwiesenen Petition haben wir nichts weiter vernommen. Warum ist diese Verächtlichmachung vom Magistrat nicht erfolgt? Welche Gründe veranlassen den Magistrat zu einem solchen Verhalten? Warum ist es ihm nicht möglich, hiesige Arbeiter hanteln? Was ist alles während dieser langen Zeit im Kollegium vor sich gegangen? Die Bürgermeister, die Stadtväter und viele andere hohe städtische Beamte haben während dieser Zeit bei der Stadtverordnetenversammlung um Gehalts-erhöhung angeknüpft, und nicht vergebens. Allen ist die vorgetragene Bitte gewährt worden, allen ist mehr oder weniger reichlich gegeben worden. Nur den Arbeitern nicht. Warum, frage ich nochmals? Mühte in Anbetracht dieser Umstände bei den Herren bürgerlichen Stadtverordneten nicht der Grundsatze noblesse oblige (Noble verpflichtet) zur Geltung kommen. Aber statt dessen klammert man sich wie üblich wieder an ein kleines Verbrechen an ein Zufallsverbrechen, um den städtischen Arbeitern ein Schimpfchen zu schlagen, damit ihnen die wohlverdienten Nachtritte auf längere Zeit vorzuenthalten werden können. Der Unterzeichner der Petition soll nämlich ein sozialdemokratischer Agitator und ferner schon viele Jahre nicht in hiesigen Betrieben beschäftigt sein. Beides zusammen, so ist das kein Grund, die Petition nicht zu berücksichtigen. Wir vier hier sitzenden sozialdemokratischen Stadtverordneten sind auch sozialdemokratische Agitatoren suchen aber durch unsere Mitarbeit im Kollegium das Wohl der Kommune zu fördern und trotzdem sind die Stadt Halle und der preussische Staat noch nicht vom Erdboden verschwunden. Nicht der nennenswerte Unterzeichner der Petition ist der eigentliche Verletzte, sondern der Staats- und Gemeindearbeiterversand ist die petitionierende Körperschaft und der unterzeichnende Lorenz der Vorsteher, der vor Jahren aus den hiesigen Betrieben wegen gleicher Vergehen gemahnt wurde. Und würde heute ein anderer hiesiger Arbeiter die Petition mit seinem Namen versehen, so würde er ebenfalls als „genau gemacht“ werden! Viele andere Kommunen, wie zum Beispiel, Aemmenau, Schöneberg usw. haben aber sogar Kontrakte mit dem Gemeindearbeiterversand abgeschlossen. Die Stadtverordnetenkollegien dieser Kommunen haben sicherlich nicht danach gefragt, ob der Unterzeichner irgendeiner Petition sozialdemokratischer Agitator ist oder sonst eine andere einem Dritten nicht genehme Eigenschaft besitzt. Wer überhaupt im öffentlichen Leben steht und sich mit öffentlichen Dingen zu beschäftigen hat, der darf nicht feilschen denken noch handeln, nicht sozial rücksichtlos sein, sondern muß alles von einer höheren Barie hersehen und beurteilen. Kann er das nicht, so ist er nicht befähigt, das Amt eines hiesigen Arbeiters zu übernehmen. Es ist Pflicht eines Verwaltenden, das größte Wohl der Kommune zu erwirken. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag.

Wenn ich schreibe, wie die Presse, kamen übrigens gestern die in der hiesigen Presse, sie hatten eine Vertition auf Verbesserung, Einführung von Bodenlösen und Arbeiterausführungen eingereicht.

Der Ausgangspunkt war, über die Petition zu Tagessatzung und die zu prüfen, da sie von einem Mann Ludwig unterzeichnet ist, nicht mehr fähig Arbeiter, sondern sozialdemokratischer Agitator wäre. Die Stadtmverwaltung braucht nur mit ihren eigenen Arbeitern zu verhandeln und die hätten nichts gefordert.

Auf diese Mahnsachen vom Herrn vom Hause folgte die gebührende Antwort: Genosse Oberbürger: Bereits im November vorigen Jahres sind die hiesigen Arbeiter das Kollegium petitionierend um Verbesserung und Erhöhung von Arbeiterausführungen gegangen, und heute, nach reichlich sieben Monaten, haben die Herren bürgerlichen Stadtverordneten wieder negativ (bezeichnen) entschieden. Im Februar wurde die November-Petition durch das Kollegium dem Magistrat zum Teil zur Verächtlichmachung überwiesen, während ein anderer Teil des Petitions von dem damaligen Vorsteher dem Plenum gegenüber als bei ihm nicht eingegangen bezeichnet wurde. Von der dem Magistrat zur Verächtlichmachung überwiesenen Petition haben wir nichts weiter vernommen. Warum ist diese Verächtlichmachung vom Magistrat nicht erfolgt? Welche Gründe veranlassen den Magistrat zu einem solchen Verhalten? Warum ist es ihm nicht möglich, hiesige Arbeiter hanteln? Was ist alles während dieser langen Zeit im Kollegium vor sich gegangen? Die Bürgermeister, die Stadtväter und viele andere hohe städtische Beamte haben während dieser Zeit bei der Stadtverordnetenversammlung um Gehalts-erhöhung angeknüpft, und nicht vergebens. Allen ist die vorgetragene Bitte gewährt worden, allen ist mehr oder weniger reichlich gegeben worden. Nur den Arbeitern nicht. Warum, frage ich nochmals? Mühte in Anbetracht dieser Umstände bei den Herren bürgerlichen Stadtverordneten nicht der Grundsatze noblesse oblige (Noble verpflichtet) zur Geltung kommen. Aber statt dessen klammert man sich wie üblich wieder an ein kleines Verbrechen an ein Zufallsverbrechen, um den städtischen Arbeitern ein Schimpfchen zu schlagen, damit ihnen die wohlverdienten Nachtritte auf längere Zeit vorzuenthalten werden können. Der Unterzeichner der Petition soll nämlich ein sozialdemokratischer Agitator und ferner schon viele Jahre nicht in hiesigen Betrieben beschäftigt sein. Beides zusammen, so ist das kein Grund, die Petition nicht zu berücksichtigen. Wir vier hier sitzenden sozialdemokratischen Stadtverordneten sind auch sozialdemokratische Agitatoren suchen aber durch unsere Mitarbeit im Kollegium das Wohl der Kommune zu fördern und trotzdem sind die Stadt Halle und der preussische Staat noch nicht vom Erdboden verschwunden. Nicht der nennenswerte Unterzeichner der Petition ist der eigentliche Verletzte, sondern der Staats- und Gemeindearbeiterversand ist die petitionierende Körperschaft und der unterzeichnende Lorenz der Vorsteher, der vor Jahren aus den hiesigen Betrieben wegen gleicher Vergehen gemahnt wurde. Und würde heute ein anderer hiesiger Arbeiter die Petition mit seinem Namen versehen, so würde er ebenfalls als „genau gemacht“ werden! Viele andere Kommunen, wie zum Beispiel, Aemmenau, Schöneberg usw. haben aber sogar Kontrakte mit dem Gemeindearbeiterversand abgeschlossen. Die Stadtverordnetenkollegien dieser Kommunen haben sicherlich nicht danach gefragt, ob der Unterzeichner irgendeiner Petition sozialdemokratischer Agitator ist oder sonst eine andere einem Dritten nicht genehme Eigenschaft besitzt. Wer überhaupt im öffentlichen Leben steht und sich mit öffentlichen Dingen zu beschäftigen hat, der darf nicht feilschen denken noch handeln, nicht sozial rücksichtlos sein, sondern muß alles von einer höheren Barie hersehen und beurteilen. Kann er das nicht, so ist er nicht befähigt, das Amt eines hiesigen Arbeiters zu übernehmen. Es ist Pflicht eines Verwaltenden, das größte Wohl der Kommune zu erwirken. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag.

Wenn ich schreibe, wie die Presse, kamen übrigens gestern die in der hiesigen Presse, sie hatten eine Vertition auf Verbesserung, Einführung von Bodenlösen und Arbeiterausführungen eingereicht.

Der Ausgangspunkt war, über die Petition zu Tagessatzung und die zu prüfen, da sie von einem Mann Ludwig unterzeichnet ist, nicht mehr fähig Arbeiter, sondern sozialdemokratischer Agitator wäre. Die Stadtmverwaltung braucht nur mit ihren eigenen Arbeitern zu verhandeln und die hätten nichts gefordert.

Auf diese Mahnsachen vom Herrn vom Hause folgte die gebührende Antwort: Genosse Oberbürger: Bereits im November vorigen Jahres sind die hiesigen Arbeiter das Kollegium petitionierend um Verbesserung und Erhöhung von Arbeiterausführungen gegangen, und heute, nach reichlich sieben Monaten, haben die Herren bürgerlichen Stadtverordneten wieder negativ (bezeichnen) entschieden. Im Februar wurde die November-Petition durch das Kollegium dem Magistrat zum Teil zur Verächtlichmachung überwiesen, während ein anderer Teil des Petitions von dem damaligen Vorsteher dem Plenum gegenüber als bei ihm nicht eingegangen bezeichnet wurde. Von der dem Magistrat zur Verächtlichmachung überwiesenen Petition haben wir nichts weiter vernommen. Warum ist diese Verächtlichmachung vom Magistrat nicht erfolgt? Welche Gründe veranlassen den Magistrat zu einem solchen Verhalten? Warum ist es ihm nicht möglich, hiesige Arbeiter hanteln? Was ist alles während dieser langen Zeit im Kollegium vor sich gegangen? Die Bürgermeister, die Stadtväter und viele andere hohe städtische Beamte haben während dieser Zeit bei der Stadtverordnetenversammlung um Gehalts-erhöhung angeknüpft, und nicht vergebens. Allen ist die vorgetragene Bitte gewährt worden, allen ist mehr oder weniger reichlich gegeben worden. Nur den Arbeitern nicht. Warum, frage ich nochmals? Mühte in Anbetracht dieser Umstände bei den Herren bürgerlichen Stadtverordneten nicht der Grundsatze noblesse oblige (Noble verpflichtet) zur Geltung kommen. Aber statt dessen klammert man sich wie üblich wieder an ein kleines Verbrechen an ein Zufallsverbrechen, um den städtischen Arbeitern ein Schimpfchen zu schlagen, damit ihnen die wohlverdienten Nachtritte auf längere Zeit vorzuenthalten werden können. Der Unterzeichner der Petition soll nämlich ein sozialdemokratischer Agitator und ferner schon viele Jahre nicht in hiesigen Betrieben beschäftigt sein. Beides zusammen, so ist das kein Grund, die Petition nicht zu berücksichtigen. Wir vier hier sitzenden sozialdemokratischen Stadtverordneten sind auch sozialdemokratische Agitatoren suchen aber durch unsere Mitarbeit im Kollegium das Wohl der Kommune zu fördern und trotzdem sind die Stadt Halle und der preussische Staat noch nicht vom Erdboden verschwunden. Nicht der nennenswerte Unterzeichner der Petition ist der eigentliche Verletzte, sondern der Staats- und Gemeindearbeiterversand ist die petitionierende Körperschaft und der unterzeichnende Lorenz der Vorsteher, der vor Jahren aus den hiesigen Betrieben wegen gleicher Vergehen gemahnt wurde. Und würde heute ein anderer hiesiger Arbeiter die Petition mit seinem Namen versehen, so würde er ebenfalls als „genau gemacht“ werden! Viele andere Kommunen, wie zum Beispiel, Aemmenau, Schöneberg usw. haben aber sogar Kontrakte mit dem Gemeindearbeiterversand abgeschlossen. Die Stadtverordnetenkollegien dieser Kommunen haben sicherlich nicht danach gefragt, ob der Unterzeichner irgendeiner Petition sozialdemokratischer Agitator ist oder sonst eine andere einem Dritten nicht genehme Eigenschaft besitzt. Wer überhaupt im öffentlichen Leben steht und sich mit öffentlichen Dingen zu beschäftigen hat, der darf nicht feilschen denken noch handeln, nicht sozial rücksichtlos sein, sondern muß alles von einer höheren Barie hersehen und beurteilen. Kann er das nicht, so ist er nicht befähigt, das Amt eines hiesigen Arbeiters zu übernehmen. Es ist Pflicht eines Verwaltenden, das größte Wohl der Kommune zu erwirken. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag. Und das ist nicht ein bloßes Wohl, sondern ein Wohl, das die Kommune zu ihrem Besten zu erhalten und zu verbessern vermag.

den Magistratskreisen zulegt. Warum lehnte man gegen die nicht den Herren im Hause heraus. Es sei wenigstens nötig, daß endlich auf die Petitionsentwicklung vom Magistrat eine Antwort komme.

Oberbürgermeister Rivier stellte nun mit, daß, ob wohl sich die Stadtverordneten für die Arbeiterausführung entschieden hätten, sie für in Kuratorium bereit, sie einzuführen. Damit hätten sich die Kuratoriumsmitglieder mit den Stadtverordneten beschließen in Widerspruch gesetzt, aber der Magistrat müsse ihnen beistehen.

So schied einer die Schuld auf den andern, und die Arbeiter sind die Genesenen.

Erlebt wurden dann noch am Teil mit nebenstehenden Debatten folgende Vorlagen: Die Universitätsverwaltung beabsichtigt, auf ihrem Grundstücken an der Sophienstraße einen Neubau zu errichten. Das Gebäude soll auf einer Frontlänge von circa 120 Meter hinter der Bauhauslinie errichtet werden. Die nach der neuen Fluchtlinie zur Straße entfallende Fläche soll der Stadtgemeinde unentgeltlich überlassen werden. Die Veränderung wurde genehmigt. — Der Baumeister Friedrich Knuth hat beantragt, den Ausbau der projektierten Verbindungsstraße zwischen Schmied- und Humboldtstraße, der projektierten Verbindungsstraße zwischen Humboldt- und Schützengasse und der Schmiedstraße zwischen Kaiserplatz und Heilstraße. Der Magistrat hat darüber mit dem Genannten Abmachungen vereinbart. Dem Willkür dieser Verträge und der Ausführung der erforderlichen Arbeiten wurde zugestimmt, nachdem Stadtv. Günther sich heftig dagegen gewandt hatte, daß die Kosten zu schätzungsweise 150 000 Mark betragen würden. Weiter bezieht die Veranschlagung, zunächst eine automatische Motorpresse zu beschaffen und zum Zwecke ihrer Verlegung nach Fertigstellung, frühestens aber am 1. Oktober d. J. ab, neue Stellen für 1 Oberfeuerwehrmann und 8 Feuerwehrmänner zu gründen und zur Verklarung beider Feuerwehren vom 1. April 1914 ab 6 neue Stellen für Feuerwehrmänner zu gründen.

Zur Deduktion der entfallenden Kosten sind im Etat für Erweiterung der Feuerlösch-Einrichtungen bereitgestellt 15 000 Mark, ferner der vorausgeschickte Erlös für einen überzähligen Pferdebestimmungskraftwagen von 500 Mk. zu verwenden und zu verbleibenden rund 18 000 Mk. dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu entnehmen. Die weiteren erforderlichen 10 484 Mk. sind in den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1914 einzustellen. In der Verhandlung dazu hieß es: Der Magistrat ist mit der Feuer-Deputation der Leberzeugungen, daß der gegenwärtige Feuer-Einsatz der Stadt für die Feuer-Einrichtungen zu gering ist und ein höheres Strengehalten der Polizeidirektion erfordert. — Genehmigt wurde, daß „Herrn 1914 an dem Stadt, bezogen mit Studienanstellung eine neue Oberlehrstelle und eine neue Stelle für eine technische Lehrerin eingerichtet werden“. Die Kosten betragen 6000 Mk. Der Ausbau des Reformentgeltmanns verlangt eine Oberlehrerin und eine zweite Interimsklasse. Auf Antrag wurde hoher genehmigt, daß Ostern 1914 an dem Reformentgeltmann zwei neue Oberlehrstellen und die Stelle eines Geographikers eingerichtet werden, was 9620 Mk. kostet.

Die Petition einiger Anlieger, die Große Klausstraße von Markt aus mit Verlagsbeleuchtung versehen zu lassen wurde dem Magistrat als Material, eine Entscheidung der Halleischen und der Halleischen Anlieger, zur Erhaltung der öffentlichen Arbeiten zur Ermöglichung übermitteln. Ueber die Petition des ehemaligen Anlagenbauers Emil Serzau um laufende Unterlegung wurde zur Tagesordnung übergegangen, weil der Mann sich an die Armenbehörden wenden muß. Die Petition von Anwohnern der Söhnestraße um Entwertung des Stenographischen und Einwirkungsgebietes des Betriebes für die Söhnestraße wurde dem Magistrat als Material übermitteln, da er vertraglich das Recht hat, Einspruch zu erheben. — Der Akademische Stenographenverein Stolze-Söhren hat um Unterlegung bei der Erstellung von Stenographischen unterricht an jugendliche Personen. Es wurde übergegangen zur Tagesordnung beschlossen.

Die Petition der Frau Annelie Richter um Aufhebung der Schankkonzessions-Bestimmung für die Restauration zum Bürgerheim, Kleine Ulrichstraße 9, wurde nach eingehender Beratung durch den Genossen Emmert dem Magistrat als Material, die Petition des Tages- und Grundbesitzer-Vereins „Hallenser“ betreffend die Aufhebung der Besondere einen Siebchen seiner Friedhöfe an der Lindenstraße, zur Erhaltung übergeben, nachdem sich eine längere Debatte darüber entsponnen hatte.

In der geschlossenen Sitzung wurden zu Mitgliedern der Armenkommission auf die Dauer von drei Jahren gewählt: die Herren des hiesigen Waisenpflanzens Fraulein Wälsche, Frau Justizrat Lindorf, Bürgermeister Wälsche, Herr Richter Elmuth. Auf die Dauer von einem Jahre wurde an Stelle des im vorigen wieder ausgeschiedenen Mitglieds Professor Dr. Mangert Professor Dr. Löwenhardt, Karlstraße 4, gewählt.

Auslegung der Steuerliste.
Die Listen der in der Stadt Halle für das Steuerjahr 1913 von einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark bis einschließlich 900 Mark mit dem fingierten Normalsteuersatz von 4 Mark zum Einkommenssteuer veranlagten Personen liegt vom 3. bis zum 16. Juni 1913 im Steuerbüro, Zimmer 14, 15, 16 und 17 des Marktplatzes, öffentlich aus. Gegen die Veranlagung der Einkommenssteuer können innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist die Veranlagung an den Veranlagenden der Einkommenssteuer-Veranlagungskommission für den Stadtkreis Halle zu.

Wir weisen darauf hin, daß die Berufungsfrist mit dem 14. Juli 1913 endet.

Die Veranlagung werden ersucht, die Liste genau einzusehen, damit sich jeder das Wahlrecht zur Stadtvorordnetenwahl sicher.

Eine mittelaltliche Kirchenordnung außer Kraft gesetzt.

Um die Gültigkeit von Vorschriften der alten revidierten Magdeburger Kirchenordnung von 1793 handelte es sich u. a. in einem Rechtsstreit gegen eine vom Konsistorium zu Magdeburg im Einverständnis mit dem Regierungspräsidenten zu Merseburg vorgenommene Zwangsregisterung. Die Zwangsregisterung war an den Gemeindefinanzrat der Gesamtgemeinde Riemberg, umfassend Riemberg und Rähnitz, ergangen. Es wurde verlangt, daß die Kirchengemeinde im Gegensatz zu ihrem abtrocknenden Stadtkomitee in der Einlage 125 Mk. Wohnungsgeld für die Witwe des Pfarrers Jähle zu erhalte. Die Verpflichtung wurde hergeleitet aus der revidierten Magdeburger Kirchenordnung vom Jahre 1793.

Das Oberverwaltungsgericht hob auf die Klage des Gemeindefinanzrats die Zwangsregisterungsverfügung auf und führte begründend aus: Für Zwecke der Fürsorge für Witwen und Waisen der Pfarrer können Ansprüche aus der alten Magdeburgischen Kirchenordnung überhaupt nicht mehr hergeleitet werden. Soweit die Magdeburger Kirchenordnung von 1793 Fürsorgebestimmungen für die Witwen und Waisen der Pfarrer enthält, seien diese durch die Vorschriften des Gesetzes vom 28. Mai 1909, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Geistlichen. Wenn daneben den Witwen und Waisen noch Rechte auf Bezüge zustehen, dann

Letzte Nachrichten.

Konrad hat recht!

Berlin, 3. Juni. Der bisherige fortgeschrittliche Landtagsabgeordnete Herr Scherz und Arbeiterin, Dr. Schupp, hat unter Hinweis auf die letzten Parteiverträge in dem Wahlfreie seinen Austritt aus dem fortgeschrittenen Arbeiterverein für Niederbarnim erklärt.

Die Wahlen in Straßburg.

Melbourne, 3. Juni. Das Ergebnis der Wahlen zum australischen Bundesparlament ist noch nicht vollständig bekannt.

Verammlungsberichte.

Verammlungsberichte, welche später als zehn Tage nach Stattfinden der Verammlung eingehen, finden keine Aufnahme. Ein- und Zweidirektionsarbeiter. In der letzten Verammlung in Hildesheim Gesellschaften hielt der Generalsekretär folgende Rede: Einem bereits aufgenommenen Vortrag über die Volkswirtschaft.

Humor und Satire.

Eine treffende Antwort. Ein jezt im wohlverdienten Ruhestand lebender bayerischer Oberbeamter war als junger Kandidat ein Kandidat in einem sehr wohlhabenden Hause.

Wasserwärme

am 3. Juni 22 Grad Celsius (mitgeteilt vom Flora-Vob).

Lebt die Arbeiter-Jugend!

Beisetzungen nimmt entgegen Gustav Berg, Triftstr. 28.

Mit dem Einsetzen der wärmeren Jahreszeit steigt auch die Kindersterblichkeit, weil Verdauungs- und Darmkrankheiten bei Kindern auftreten.

um eine ebenfalls erkrankte Kuh, die man zu ihm schraubte, damit er sie schlachte und in der Abfederung benutze.

Wahlber. Aus der Stadtvorberufung. Der Vorberufte teilte von einer am 25. Mai stattgefundenen Session der Stadt- und Stadträte mit, bei der alles in bester Ordnung abgegangen war.

Berichte und Verammlungen.

Setzt sich. Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Gastwirt Herrn. Penning, Burgörner, über der Bahn, unsere Parteiverammlung statt mit der Tagesordnung:

Wahlber. Donnerstag, 5. Juni, abends 10 Uhr, findet bei der Mutter-Weihen-Gasse die fällige Kuratorenversammlung statt.

Wahlber. Mädchen-Comite. Am 7. Juni, 8 Uhr, Parteiverammlung. Es liegt eine wichtige Tagesordnung vor.

Allerlei.

Verhät Hauptmanns Jahrhundertfestspiel

hat es bei seiner Aufführung in Breslau zu seinem unübertroffenen Erfolge gebracht. Mit großem Aufwand an finanziellen Mitteln, besetzt der Dresdener Anzeiger, dessen Urteil den allgemeinen Eindruck treffend wiedergibt, in farbig bewegten Malen auftritt, begleitet von jeder ganz farbiger Musik, durchsetzt mit edlen Gedanken in der hinsichtlich hohen Form der Musikwerke, selten erachtet zu werden, mit so großem Erfolg die bedeutendsten Breslauer Jahrhundertfeierlichkeiten in Breslau vorzuführen.

Die heutige Comiteabendversammlung zum Gedächtnis der Befreiung Breslaus vor hundert Jahren war bei aller glänzenden Ausstattung nur eine Verherrlichung der französischen Revolution, eine Verherrlichung Napoleons und eine Verhöhnung der Befreiung.

Unter Breslauer Mitarbeiter befindet, daß im fortgeschrittenen Landtag durchgängig die Stimmung herrsche, die in dem Parteibericht zum Ausdruck kommt.

Das mit Spannung erwartete Jahrhundertfestspiel Hauptmanns in der Besatzung wurde bei der Aufführung durch den „Kaiser“ eine unangenehme Ueberraschung.

Wir wollen keine Verherrlichung der Revolution in der Jahrhundertfeier, keine Verherrlichung eines faulen Friedens!

Das gerade ein literarisches Blatt diese Absichten vor dem Verstand hat, ist überaus für die neuere Zentrumstrichtung besorgend.

Allen ist sehr dankbar für den Artikel von „Die Zeit“ die politische Kritik in Europa.

Der Schluß, an dem Verfassungskomitee Mitglieder angetreten, sagt: „Es wieder Grund liegt an deinem Ort.“

„Es leben bleiben toll, das sei dein Wort.“

„Ich lehne es entschieden, denn es ist dein Wort.“

„Nicht deine Ansicht, aber dein Wort.“

„Dieses Wort“ wird den feierlichen Reden der Arbeiter besonders hart auf die Nerven, sie sind denn auch wieder am Schluß des Festspiels.

Vom Dies erziehen.

In einer Kantine in der Nähe von Dobru wurde am Sonntag nachmittag ein achtzehnjähriger Mann vom Witz erschlagen. Seine Mutter war drei Stunden betrunken, die Mutter ebenfalls in der Kantine war und unter dem Vorwand eines gewöhnlichen Mannes wurde in Badungen ein achtzehnjähriger Knabe vom Witz erschlagen.

Ein beifälliger Aufnahme.

ist in Harburg a. S. Elbe verstorben. Die 5 1/2 Jahre alte Tochter des verstorbenen Mannes wurde nach dem Verheirathen seiner Annelie, in deren Wohnung schlief und nun im Verwalter. Der Leich totete darauf das Mädchen und verheiratete die Leiche. Das Schicksal wurde verheiratet.

Das beste Verantwörter.

An der Gmündener Zeitung, die sich der Propaganda der ewigenen Lehren gewidmet hat, wird eine interessante Statistik veröffentlicht, die sich mit der Frage des besten Heiratsalters beschäftigt. Man hatte sich das Ziel gesetzt, in einer mittelgroßen Stadt Erhebungen anstellen, um zu erfahren, ob das Heiratsalter mit der Gesundheit und der Schönheit im Zusammenhang steht.

Wahalla! Ein Riesen-Erfolg der Winter-Tymians. Bisher unerreicht, einzig in Deutschland! Im Juni 4 Bomben-Programms 4. Jedermann besorge sich Vorzugskarten.

Auf Zeitzahlung. Lieferen werden Familien Wäscheartikel, Gardinen, Kleiderstoffe usw. Friedrich Gronau, Barbierestraße 16.

Fussballpumpen sehr billig 75 Pfg. C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Zur Dekoration empfindlich 1763 präp. halbf. Girlanden leicht, wetterfest, in allen Farben und Größen. Wih. Hahnforth, Schüttershof 2.

Genese 2. (Vollentzstraße 4). Arbeiter-Dammer 2. (Gerberstr. 4). Zimmermann Genese 2. (Streiberstraße 32). Arbeiter Wagnitz 2. (Königsplatz 4). Arbeiter Wagnitz 2. (Schloßstr. 4). Arbeiter Schulze 2. (An der Universität 4). Arbeiterführer Gneissmann 2. (Dresdenerstraße 11). Arbeiterführer Röhling 1. (Kleine Meißnerstr. 8). Arbeiter Seig 2. (Görlichstr. 26).

Halle-Worb (Gr. Brunnenstr. 26) 2. Juni. Aufgehoben: Vollentz-Strasent Krau u. Martha Schmidt, Hohenstraße 12 und Hohenstraße 18. Geboren: Hobotten Ludwig 2. (Große Brunnenstraße 53). Arbeiter Richter Tochter Ludwiga Wagnitzstr. 7. Arbeiter Wagnitz 2. (Schloßstr. 4). Arbeiter Wagnitz 2. (Königsplatz 4). Arbeiter Wagnitz 2. (Schloßstr. 4). Arbeiter Wagnitz 2. (Schloßstr. 4). Arbeiter Wagnitz 2. (Schloßstr. 4).

Persil das selbsttätige Waschmittel. Schmutzige Kinder - kleidchen waschen macht viel Arbeit. Mühelos dagegen wächst man diese mit Persil; ebenso auch alle sehr schmutzige Berufskleidung, wie Metzger-, Bäcker-, Friseur-, Anstaltler-Jacken und Schürzen, sowie sonstige Arbeitsmittel aller Art und zwar ohne jede Zutat von Seife oder sonstiger Waschmittel. HENKEL & Co. DÜSSELDORF. Ansichts-Postkarten Die Volks-Buchhandlung.

Apollo-Theater. Täglich abends 8,30 bei vollstimmlichen Breiten: Das gewaltige Film-Drama aller Zeiten: Quo vadis 6 Akte, aus der Zeit der Christenverfolgungen unter Kaiser Nero. Ein historisches Drama. Der Brand von Rom. In den Katastrophen. Im Arkus Maximus. Neros Tod. 1401. Mittwoch d. 4. Juni, nachm. 4 Uhr. Gr. Jugend-Vorstellung. 1. Rang 1,05, Sozialpl. 0,55, 2. Rang 0,35.

Schachspiel Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele. Preis 20 Pfg. Volks-Buchhandlung.

Kaarschneide-Maschinen beste Solinger. C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90. Mitwöch. Schlichte fest. Marie Böttcher, Joh. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. Herren-Rad mit Freil. Umfänge halb s. Bk. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50.